

gruppe arachne serviert

stadt land schluss



reader zu den hamburger
aktionstagen gegen den
eu-gipfel in göteborg
juni 2001

Stadt - Land- Schluss: Gipfel abtragen
oder die Mühlen der Ebene!

In der Zeit vom 14.06. bis zum 17.06.2001 fanden in Hamburg unter dem Motto „Stadt – Land Schluss“ die Aktionstage zum EU-Gipfel in Göteborg statt.

Organisiert wurden diese Aktionstage von einem Bündnis Hamburger Gruppen.

Mit diesem Reader wollen wir, als eine der beteiligten Gruppen, den Versuch unternehmen, die Aktionstage einer inhaltlichen sowie auch organisatorischen Bewertung zu unterziehen. In dieser Broschüre sind fast alle im Zusammenhang mit den Veranstaltungen veröffentlichten Texte, die auf dem Hafenaktionstag gehaltenen Redebeiträge und die beiden Veranstaltungen noch einmal zusammengefasst.

Den ersten Teil der Broschüre – die Bewertung – haben wir in fünf Abschnitte untergliedert.

Im ersten Abschnitt werden wir unsere Gründe und die Zielsetzung für die Durchführung von lokalen Aktionstagen darstellen. Im zweiten Abschnitt werden wir beleuchten, ob die politischen Ansprüche während der Aktionstage ganz oder teilweise umgesetzt wurden. Der dritte Abschnitt wirft einen Blick auf die Arbeitsweise des Bündnisses. Der vierte Abschnitt setzt sich mit dem Hafenaktionstag auseinander und untersucht die inhaltliche Ausrichtung, die Vermittlung nach außen sowie den Versuch unsere Kritik am „Projekt EU“ in eine praktische Intervention münden zu lassen. Im fünften und letzten Abschnitt werden wir nach dem voran gegangenen Resümee unseren Ausblick für zukünftige Aktionen formulieren.

Im zweiten Teil werden folgende Veranstaltungen und Redebeiträge dokumentiert:

► Eurobeat

Positionspapier der Gruppe Arachne

► „Stadt – Land- Fluß / Europa: Visionen, Wirklichkeiten, Widerstand“ vom 14.06.2001.
Referent: Anton Landgraf (Jungle World)

► Aufrufflugblatt für die Aktionstage

► Flugblatt zum Hafenaktionstag.

► Einzelne Redebeiträge
soweit sie vorlagen.

Wir wünschen nun der geeigneten Leserin und dem geeigneten Leser viel Vergnügen beim Studium dieses Readers und hoffen damit ein kleines Stückchen dazu bei zutragen, die Perspektiven des weltweiten Sozialismus zu erneuern.

Gruppe Arachne, Hamburg, Oktober 2001



Demonstration 14.6.

Kontakt:
Mail: arachne@mail.nadir.org
Web: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/arachne/>
Briefpost: c/o schwarzmarkt, Kleiner schätferkamp 46, 20357 hamburg.

Ausgangspunkt war für uns eine grundsätzliche Kritik an dem politisch-ökonomischen Projekt EU: Die EU ist allgegenwärtig. Als Institution zur Durchsetzung vorrangig ökonomischer Interessen gegründet entwickelten die Entscheidungsträger eine Reihe von politischen Maßnahmen zur Durchsetzung eben dieser Interessen. Ob MigrantInnen auf undurchdringliche Außengrenzen treffen, durch „Deregulierung“ soziale Beziehungen dem „freien Spiel“ des „Marktes“ übergeben werden, durch die Privatisierung von Staatsunternehmen massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden oder „nur“ Karteien für „Reisechaoten“ angelegt werden ist all diesen sehr unterschiedlichen Vorgängen gemeinsam, dass sie von den kerneuropäischen Nationalstaaten geplant und dann innerhalb der EU-Struktur, teilweise unter Umgehung, ja sogar im offenen Widerspruch zu nationalstaatlichen Gesetzgebungen durchgesetzt werden.

1.) think global, act local – Gründe und Ziele für lokale Veranstaltungen

Es ist dabei von besonderer Wichtigkeit, dass es die BRD während der gesamten Entwicklung der EU, vor allem aber nach der Wiedervereinigung, verstanden hat, ihre wirtschaftlichen Interessen und machtpolitischen Ziele innerhalb der EU durchzusetzen. Aus diesem Grund ist es nicht übertrieben von einer deutschen Hegemonie innerhalb der EU zu sprechen. Momentan trifft dies besonders auf die EU-Osterweiterung und die im Aufbau befindliche gemeinsame EU-Verteidigungspolitik zu. Deutschland setzt alles daran, wirtschaftlich in seine östlichen Nachbarländer zu expandieren, während gleichzeitig der dortigen Bevölkerung sogar der bescheidene Versuch verwehrt wird, über den Verkauf ihrer Arbeitskraft in den Ländern der EU wenigstens einen Krümel vom Kuchen zu erhaschen. Bei der Entwicklung der gemeinsamen EU-Verteidigungspolitik ist die BRD daran interessiert wieder befreit von jeglichen „historischen Makeln“ eine starke militärische Rolle spielen zu können um geopolitische Ziele umzusetzen.

Das soll nicht heißen, dass diese Prozesse immer reibungslos und ohne innere Widersprüche innerhalb der EU verlaufen. Fakt ist aber, das durch die EU – losgelöst von der vielbeschworenen demokratischen Kontrolle – eine massive Durchkapitalisierung und Durchstaatlichung der Gesellschaft gefördert wird und sie eben nicht ein Mehr an Freizügigkeit und eine Stärkung der individuellen Rechte mit sich bringt.

Aus diesen Gründen halten wir es für unbedingt notwendig, sich über die Strukturen und Prozesse, die dem Projekt EU zugrunde liegen im Klaren zu sein. Auf der Grundlage unserer Ablehnung des Prinzips von Nationalstaatlichkeit wollen wir uns im Protest gegen die EU mit linken VerklärerInnen des Nationalstaates eben so wenig vereint wissen, wie wir auf der Grundlage der Ablehnung des Kapitalismus und seiner Verwertungslogik dafür eintreten, dass ein wenig „Zähmung“ ausreiche, um den Kapitalismus in ein freundliches Schoßhündchen zu verwandeln.

Vor dem Hintergrund der besonderen Rolle der BRD im Prozess der europäischen Einigung ist es als Teil der radikalen Linken notwendig, Widerstand gegen die EU hier vor Ort zu organisieren.

Bei den Aktionstagen war es für uns wichtig, eine eher abstrakte Kritik an der EU zu konkretisieren. Das heißt, über Veranstaltungen deutlich zu machen in wie weit uns die EU hier vor Ort in Hamburg betrifft und über Aktionen das Projekt EU und unsere Kritik daran öffentlich sichtbar zu machen.

Zweitens lag uns an einer Intensivierung gemeinsamer politischer Diskussionen unter kontinuierlich arbeitenden Gruppen. Unsere Intention war dabei, dass mögliche gemeinsame politische Ziele wieder zur Diskussion gelangen und unser strategisches politisches Ziel der Umwälzung von gesellschaftlichen Verhältnissen wieder wahrgenommen wird.

Drittens kam es uns darauf an, einen Weg zwischen dem Zustand der jetzigen Unorganisiertheit und einer Tendenz zur Organisierung als Selbstzweck zu finden. Die Überwindung dieses Zustand kann nur als Folge eines parallelen Prozesses von inhaltlicher und organisatorischer Konsolidierung erreicht werden.

2.) Allgemeine Bewertung – oder was hats gebracht !

Festhalten lässt sich, dass in Hamburg innerhalb der radikalen Linken die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex EU nicht gerade an der Spitze des Interesses zu liegen scheint. Zwar reihen sich viele in die Proteststürme vor Ort ein, in Göteborg waren 30000 EU GegnerInnen, die den europäischen Entscheidungsträgern gezeigt haben, was sie von ihnen und Ihrer Politik halten.

Es stellen sich in diesem Zusammenhang aber dennoch einige Fragen. So ist es noch nicht ausgemacht, ob Gipfelstürme in Zukunft weiter Sinn machen, nämlich dann nicht, wenn durch eine weitere Zuspitzung repressiver Maßnahmen die Anreise unmöglich wird oder ein Protest vor Ort unmöglich gemacht wird.

Außerdem wird offenbar wenig von den Inhalten und der Ausstrahlungskraft erfolgreicher Gipfelstürme wieder nach Hause mitgenommen. Eine „Rückübersetzung“, die sich gegen die Widerwärtigkeiten zu Hause und im Rest der Welt richtet, lässt sich zwischen den Gipfeln nur sehr ansatzweise feststellen.

Um einen solchen Widerstand hier in Hamburg zu entwickeln, waren die Aktionstage ein richtiger Schritt. Es ist an diesem Punkt zumindest partiell gelungen, die Fragmentierung der „Szene“ ein wenig aufzubrechen und über Diskussionen überhaupt erst einmal die Grundlage zu schaffen, von der ausgehend eine gemeinsame Kritik an der EU möglich wäre. Es ist gelungen den Widerstand in Hamburg zu artikulieren und sich auf den Ort Hamburg zu beziehen. Aktionen unterschiedlichsten Charakters haben stattgefunden, an denen sich diverse Gruppen beteiligt haben. Ein Anfang ist gemacht!

3.) Das Bündnis – Oder das Verhältnis von Theorie und Praxis

Eine nicht neue, aber elementare Konsequenz aus der Arbeit im Hamburger Bündnis ist, dass es hier um die gemeinsame Entwicklung von politischen Inhalten und Zielen gehen soll, die auch gemeinsam entwickelt werden müssen. Zwei gegenläufige Tendenzen machten diese gemeinsame Entwicklung schwierig.

Es gab die Tendenz zu Hierarchisierung innerhalb des Bündnisses. Diejenigen Gruppen, die inhaltlich die vermeintlich klarsten Positionen hatten, dominierten die inhaltliche Positionierung des gesamten Bündnisses. Diese Rolle wurde ihnen von den anderen Gruppen auch übereignet. Dies zeigte sich daran, dass die im Namen des Bündnisses verfassten Papiere zwar zur Kenntnis genommen wurden, aber wenig Anstrengungen folgten, sich über die dort verhandelten Inhalte auseinanderzusetzen.

Dabei gab es eine Tendenz der Technisierung von Abläufen und Diskussionen, hinter denen die Inhalte oft zurück traten. Die Frage nach der Beteiligung oder Nichtbeteiligung von Hamburger Gruppen und Strukturen ist natürlich weniger eine persönliche als eine politische Frage. Bündnisse zu initiieren, heißt, konkrete politische Vorstellungen zu entwickeln und diese zur Diskussion zu stellen. Nur so können wir an Gruppen herantreten und von Ihnen eine politische Positionierung einfordern. Auf dieser Grundlage ist es somit auch möglich, Gruppen, die sich aus dem Bündnis herausziehen oder sich nicht beteiligen wollen, darzustellen, warum wir ihre Beteiligung politisch – nicht moralisch – notwendig finden.

Als grundsätzliches Problem muss in diesem Zusammenhang auch die nicht all zu optimistisch stimmende Verfasstheit unserer Strukturen genannt werden. Erfahrungen gemeinsamer politischer Auseinandersetzung nehmen ab und dies spiegelt sich natürlich auch in unseren Bündnissen wieder.

4.) Der Hafenaktionstag – Ein wenig schwammig an die Elbe

Die zentralen Kritikpunkte am Hafenaktionstag waren für uns, dass er sowohl in seiner politischen Ausrichtung unkonturiert blieb wie auch der Ablauf im Vorfeld nicht deutlich genug gemacht wurde. Dies entbehrt natürlich nicht einer gewissen Tragik, denn der Hafenaktionstag sollte für uns Ausdruck des praktischen Widerstandes gegen die EU werden, hier sollten sich alle beteiligten Gruppen ihren Raum nehmen, um die lokalen Bezüge einer Kritik an der EU herzustellen. Im Folgenden wollen wir versuchen, Gründe für das partielle Scheitern des Hafenaktionstages zu benennen.

Die Unbestimmtheit der politischen Ausrichtung ist Ausdruck unserer noch mangelhaften Verbindung von Kritik und Praxis. Zwar ist es gelungen in den veröffentlichten Papieren auf einer abstrakten Ebene eine Kritik an der „Anti-Globalisierungs- und Anti-EU-Bewegung“ zu formulieren, nicht gelungen ist allerdings eine Verbindung dieser Kritik mit einer Praxis, die vor Ort – in Hamburg – stattfindet.

Dies ist allerdings keine simples Vermittlungsproblem, sondern die Vorbereitung hat gezeigt, dass wir uns selbst oft nicht genau genug im Klaren waren, was aus der Orientierung auf den lokalen Raum praktisch resultiert. Konkret war die Idee des Hafenaktionstages, die Rolle der Hafenstadt Hamburg als Teil der EU-Außengrenze deutlich zu machen. Angedacht war z.B. den Zusammenhang zwischen freiem kapitalistischem Warenverkehr und restriktiver Flüchtlingsabschottung an den Freihafengrenzen deutlich zu machen. Hier zeigten sich die Schwierigkeiten, Aktionsformen zu finden, die idealerweise in der Lage sind, aus sich selbst heraus den politischen Sinn und Gehalt einer Aktion zu verdeutlichen. Die Unbestimmtheit der eigenen Ausrichtung wurde während der

Mobilisierung zum Hafenaktionstag direkt nach außen weiter gegeben.

Der zweite Punkt war die Mobilisierung. Angesprochen werden sollte die „Radikale Linke“. Grundlage war für uns die Überlegung, die „eigene Szene“ für das Thema EU zu interessieren um darüber in einem Teilbereich eine eigene Handlungsfähigkeit herzustellen (im Sinne einer „inneren Konsolidierung“). Dies war auch das Ergebnis unserer eigenen politischen Diskussionen, die von uns ins Bündnis hinein getragen wurde. Konkret sollte es darum gehen, antirassistische Gruppen und Zusammenhänge aus anderen Teilbereichen, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema EU beschäftigen, anzusprechen und für eine Mitarbeit zu gewinnen. Dieses Ziel ist nur teilweise erreicht worden. So ist es nicht einmal gelungen, die eigene Szene zu mobilisieren und eine perspektivische Diskussion und Praxis in Gang zu bringen. Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen, blieben folgende Punkte bei der Mobilisierung ganz oder teilweise ungeklärt: „WER“ (wird angesprochen), „WAS“ (haben wir politisch zu sagen), „WIE“ (bringen wir die Kritik zum Ausdruck).

5.) Der Ausblick – Oder wie gehts weiter

Der Begriff „Globalisierung“ wird in der öffentlichen Diskussion ebenso inflationär wie schwammig gebraucht. Er beschreibt zum einen komplexe Zusammenhänge ist aber zum anderen von einer erheblichen inhaltlichen Unklarheit geprägt. Je nach politischem und theoretischem Standpunkt wird unter „Globalisierung“ höchst verschiedenes verstanden. Für die einen enthält sie das Versprechen auf eine bessere und friedlichere Welt, für die anderen verbindet sich damit die Vorstellung eines globalen Chaos. Konkret heißt das, dass unter *Globalisierung* eine Vielzahl von Prozessen subsumiert werden (ökologische, ökonomische, kulturelle, politische, „zivilgesellschaftliche“), so dass der Begriff jegliche Trennschärfe einbüßt.

Zweitens ist – trotz der Vehemenz mit dem der Begriff „Globalisierung“ in Zentrum gesellschaftlicher Diskurse gerückt wurde – nicht der Nachweis erbracht worden, dass die Vielzahl, der sich zum Teil gegenseitig widersprechenden Prozesse tatsächlich global, also weltweit stattfinden. Es scheint eher so, dass aus einer sehr einseitigen Interessenslage heraus eben diese Suggestion aufrecht erhalten werden soll. Richtiger dagegen ist, dass der überwiegende Teil, der unter dem Begriff „Globalisierung“ subsumierten Prozesse, nicht „global“, sondern in den Industrienationen der Welt stattfinden, die über die ökonomischen, politischen und wissenschaftlichen Ressourcen verfügen eben diese umzusetzen.

Mit dem Begriff des „nationalen Wettbewerbsstaates“ findet sich ein guter Ausgangspunkt für eine Analyse der aktuellen Herrschaftsverhältnisse: „Nationaler Wettbewerbsstaat“ beschreibt den Staat, dessen innere Struktur und dessen Politik entschieden von den Zwängen der internationalen Standortkonkurrenz bestimmt wird. Ihn kennzeichnen vor allem zwei Merkmale:

1. In funktionaler Hinsicht hört der Staat auf, die nationale Ökonomie auf der Basis administrativ organisierter Klassenkompromisse zu regulieren. Sein vorrangiges Ziel ist nun vielmehr die Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen auf nationaler Ebene in Bezug auf den „globalisierten“ Akkumulationsprozeß in fortwährender Konkurrenz mit anderen nationalen „Standorten“. Dies geschieht ohne Rücksicht auf einen internen sozialen und politischen Interessenausgleich, materieller Wohlfahrt oder die Anforderung einer gleichgewichtigen Entwicklung der sozialen Räume und Sektoren. Wirtschaftliches Wachstum ist keinesfalls mehr mit zunehmenden Massenwohlstand verbunden, sondern führt zur relativen Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung. Staatliche Wirtschaftspolitik im Sinne von „Standortpolitik“ erweist sich somit als Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals.

2. Strukturell vollzieht sich damit eine Entdemokratisierung innerhalb des institutionellen Rahmens der liberalen Demokratien. D.h. grundlegende politische Entscheidungen werden von demokratischen Willensbildungsprozessen und den sich darin ausdrückenden Interessen der Bevölkerung abgekoppelt. Staatliche Politik unterwirft sich immer mehr den „Sachzwängen“ des Weltmarktes

Der nationale Wettbewerbsstaat stellt somit eine historisch neue Form des autoritären Staates dar. Er ist, entgegen der Theorie vom „schwachen Staat“, ein durchaus starker, ökonomisch und sozial in erheblichem Umfang intervenierender Staat. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sich der Abbau des Sozialstaates mit einem äußerst zügigen Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates verbindet.

Nationale Grenzen werden zwar innerhalb der kapitalistischen Zentren teilweise durchlässiger, verwandeln sich aber gegenüber der Peripherie in militärisch immer perfekter kontrollierte Festungswälle. Und die staatlichen Militärpotentiale werden angesichts des Endes des Kalten Krieges keineswegs vermindert, sondern zu technologisch hochgerüsteten Instrumenten der globalen „Krisenintervention“ umgebaut.

Der Prozess der *Globalisierung* geht als erstes daran, die dem Sozialstaat zugrundeliegenden Klassenkompromisse zu zerschlagen. Dies hat den sozialen Abstieg ganzer Bevölkerungsschichten zur Folge, die dann entweder als nutzlos gewordene „Arbeitskräfte“ in den informellen Sektor drängen oder verelenden. Und den wenigen, denen noch ein Anspruch auf Sozialleistungen zugebilligt wird, wird deren Verzehr so ungemütlich wie möglich gemacht wird. Diese, dem angeblich naturhaften Fortschreiten des Kapitalismus geschuldete, Fragmentierung der Gesellschaft hat massive Folgen.

Erstens gibt es eine immer größere Anzahl von Menschen, die sowohl von Erwerbsarbeit als auch von Sozialleistungen ausgeschlossen sind und denen oft nur der Weg in „kriminelle“ Geldbeschaffungsmöglichkeiten bleibt (wobei die Grenze zwischen „informeller“ und „krimineller“ Arbeit ohnehin fließend ist).

Zweitens werden im Zuge des Rückzuges des Staates aus den sozialen Regulierungssystemen dringend Sündenböcke gebraucht, die für den Abbau von sozialen Rechten verantwortlich gemacht werden können.

Drittens muss, da sozialer Friede endgültig kein Ziel

der Politik mehr ist, die Repressionsmaschinerie aufgerüstet werden, um den *GlobalisierungsgewinnerInnen* das Elend in Form von BettlerInnen aus den Augen oder in Form von Kleinkriminellen vom Halse zu schaffen.

Der Abbau des Sozialstaates im „Nationalen Wettbewerbsstaat“ bedeutet nicht nur den unmittelbaren Rückzug aus sozialen Leistungen und Standards – mit diesen formalen Prozessen ist auch eine Neudefinition einer gesellschaftspolitischen Perspektive verbunden. Mit der Politik der „Neuen Mitte“ führen Blair und Schröder die Politik von Thatcher und Kohl auf modernisierte Art und Weise fort: die Segmentierung und Spaltung der Klasse durch mehr Ausgrenzung, durch mehr Rassismus, durch mehr Sexismus, durch mehr Kontrolle und Überwachung.

Der Egoexpress der Leistungswilligen nimmt mehr und mehr an Fahrt auf. Die Drohung der Herrschenden ist angekommen: Im ausgerufenen Neu-Verteilungskampf, in dem die Rücksichtslosigkeit zu einem wichtigen Merkmal vermeintlicher Stärke heranwächst, werden vermehrt die Götzenbilder einer autoritären Politik beschworen. Der Sieg des sog. „Bürgerblocks“ in Hamburg und gleichzeitig die breite Zustimmung für Bundesinnenminister Schily, der dieselbe Politik in rotgrün auf Bundesebene veranstaltet, zeigt, dass die Mobilisierung mit autoritären Gesellschaftsmodellen keine lokalen Phänomene sind.

Für das völlig vereinzelte Individuum, das sich nun als eigenständiger Unternehmer und Gestalter seiner Biographie in der Konkurrenz aller gegen alle als eigener Standort vermarkten muss, werden vom Staat kollektive Identitäten geschaffen oder wiederbelebt. Seien diese nun national („Wir Deutsche“), regionalistisch („Wir Bayern, die immer in den Länderfinanzausgleich zahlen und denen zum Dank noch das Kruzifix von der Wand gerissen wird“) oder sozialdarwinistisch („Wir ehrlichen Steuerzahler, wahlweise Beitragszahler“).

Ziel einer Auseinandersetzung innerhalb der radikalen Linken muss deshalb sein, die Vielzahl der Prozesse zu benennen, zu analysieren und ihre Folgen für die Menschen in politisch-praktischen Widerstandshandlungen sichtbar zu machen. Das theoretische Rüstzeug für eine solche Praxis ist in Teilen bereits entwickelt, so dass sich ökonomische Prozesse unter Einbeziehung des historischen Materialismus oder kulturelle Prozesse unter Berücksichtigung hegemonialer Machtinteressen durchaus so analysieren lassen, dass sie in einer radikalen Kritik an den bestehenden Verhältnissen münden können.

In diesem Sinn wird es in Hamburg z.B. wichtig sein, die Politik des künftig regierenden „Bürgerblocks“ in dem Zusammenhang der Transformation des Staates zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ zu analysieren. Und die damit verbundenen Projekte des neuen Senates auf der Achse der europäischen Integration zu erkennen, anzugreifen und Widerstandsperspektiven zu entwickeln, die ihren Ausgangspunkt in den lokalen Bedingungen haben, aber in ihrem politischen-praktischen Bewusstsein deutlich machen, dass es gilt, die gesamte Bäckerei zu erobern!

Die Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Göteborg bewegt sich wie die Aktionen in den Jahren zuvor im Spannungsfeld von „Globalisierung“ und „Europa“, zwei Begriffen, die unterschiedliche Sachverhalte bezeichnen und verschiedene Dimensionen aufweisen, sich aber dennoch aufeinander beziehen lassen. Gerade die erste Dimension hat – weniger in der Bundesrepublik, dafür aber in einer Vielzahl anderer westlicher Industrienationen – in den vergangenen Jahren verschiedene Bewegungen hervor gebracht, die mehr oder weniger ausdrücklich die kapitalistischen Verhältnisse in das Zentrum ihrer Kritik gerückt haben. Vor allem die „Anti-Globalisierungsbewegung“ ist nach den Protesten gegen den WTO-Gipfel in Seattle zum Symbol für eine internationale Bewegung geworden, in der linke Positionen zumindest Relevanz haben. Gleichermaßen hat, weil dieses Bild mit der Realität und Unterschiedlichkeit der einzelnen Bewegungen nicht immer etwas zu tun haben muss, ein Prozess begonnen, in dem Fragen nach der genaueren Bestimmung des Begriffes „Globalisierung“ an Gewicht gewonnen haben.

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Europa mag eine Projektionsfläche für vielfältige Visionen und Angstszenerien sein – in keinem Fall ist es ein Thema, das nicht in der einen oder anderen Weise die öffentlichen Diskussionen kontrovers berührt. Viel ist die Rede vom Euro, von neuen globalen Märkten, die zusammen wachsen und Menschen, die ihnen gleichtun. Viel wird gesprochen von Aufgaben, die nach gemeinsamen Anstrengungen rufen, vielfach geht es um Lösungen für Probleme, die inszeniert werden, damit sie gelöst werden können.

Regierungen starten Werbeoffensiven, das europäische Aufgaben- und Überraschungspaket ihren Bürgerinnen und Bürgern nahe zu legen, Innenminister diskutieren über gemeinsame Maßnahmenkataloge zur Bekämpfung so genannter organisierter Kriminalität, Justizminister fordern einheitliche Rechtsstandards, Außenminister fordern eine europäische „Verteidigungsdoktrin“, deren Anfänge im Krieg gegen Jugoslawien bereits zu besichtigen waren. Mit anderen Worten und darüber hinaus: Jenseits der bewusst erfahrenen Lebensrealität ist Europa in den Köpfen längst angekommen – als bürokratischer Wasserkopf in Brüssel, als über-nationale Gerichtsbarkeit, als Chiffre für vielfältige Chancen, Probleme und Zwänge, als Währung, als Idee und nicht zuletzt – das ist die andere Seite der Geschichte – als Abschottungs- und Gefährdungsgemeinschaft, deren Insassen sich gegen die, die nicht dabei sein sollen, immer perfekter abschirmen.

Die Kritik an dieser vielschichtigen Entwicklung, die nicht ganz zufällig mit dem Widerstand gegen die „Globalisierung“ zusammen fällt, formuliert sich am deutlichsten im Zusammenhang mit den Gipfeln und Events dieses Europas. So wird es nach den Mobilisierungen gegen die EU-Gipfel in Essen 1994, Amsterdam 1997, Köln 1999 oder Nizza 2000 auch in diesem Jahr sein, wenn sich die Regierungschefs, Außenminister und ein ganzer Tross von Staatssekretären und Verwaltungsbeamten vom 14. bis zum 16. Juni in Göteborg versammeln werden, um auf dem Gipfel die „left overs“ von Nizza klein zu arbeiten. Thematisch wird es dabei vor allem um die notwendigen Umstrukturierungen innerhalb der EU gehen, um die Gewichtung der Stimmenanteile, die den einzelnen beteiligten Staaten zukommen, um die Fragen der Osterweiterung eines politischen Projektes, das in seinem Ursprung für weitaus weniger Mitglieder angelegt war und perspektivisch 20 und mehr Mitgliedsstaaten umfassen soll und nicht zuletzt an zentraler Stelle um Fragen einer einheitlichen europäischen Sicherheits-, Verteidigungs- und Flüchtlingspolitik.

Gegen diesen Gipfel gibt es eine europaweite Mobilisierung, die von verschiedenen Bündnissen getragen wird und in der ein Gegengipfel und verschiedene Aktionen vorbereitet werden. Wie bereits anlässlich der vorhergehenden Gipfel soll es dabei, so das Bündnis linker und linksradikaler Gruppen, um die Formulierung einer grundlegenden und radikalen Kritik

an den kapitalistischen Ausbeutungs-, Herrschafts- und Repressionsstrukturen gehen, die sich innerhalb der Europäischen Union entwickelt haben und noch entwickeln werden.

Auch wenn wir diese Kritik teilen und die Idee einer europaweiten Mobilisierung gegen dieses wie auch andere Großereignisse richtig finden, werden wir uns nicht direkt daran beteiligen, sondern uns stattdessen zeitlich parallel in Hamburg an Aktionen und Veranstaltungen beteiligen und sie inhaltlich zum Ereignis in Göteborg in Beziehung setzen. Denn so persönlich befriedigend es sein mag, gemeinsam mit vielen Menschen am Ort des Ereignisses linke Kritik an den Verhältnissen zu formulieren, so deutlich scheint das Manko solcher Mobilisierungen doch darin zu liegen, sie in die Realität vor Ort rückzuübersetzen. Genau dies ist die Idee bei den Aktionstagen in Hamburg. Auf welcher inhaltlichen Grundlage sich dabei bewegt werden kann, haben wir versucht in diesem Text zu skizzieren.

Im globalen Dorf

„Globalisierung“ findet heute - so ist es dem allgemeinen Sprachgebrauch zu entnehmen – überall gleichzeitig statt. Der Verkehr von Waren und Informationen globalisiert sich, politische Entscheidungsstrukturen globalisieren sich, die Geschmäcker und Vorlieben globalisieren sich. Man soll auch schon von globalisierten Menschen gehört haben, die sich vorzugsweise auf internationalen Flughäfen zusammen tun, ihre Geschäfte über das „Internet“ abwickeln und auch ansonsten einen völlig neuen Typus des vergesellschafteten Individuums darstellen. Dies ist in sehr groben Zügen die positive Vorstellung, die im Alltagsdiskurs von *Globalisierung* herr-

scht. Die negative Variante, die eigentlich ihre Ergänzung ist, heißt Globalisierung von Gefahren, wie Umweltverschmutzung, Kriminalität, Terrorismus und global agierenden Flüchtlingsströmen. Wie man es auch betrachtet, es bleibt ein quasi naturwüchsiger Prozess, der niederreißt, vereinheitlicht, unübersichtlich macht und unvorstellbare Chancen für eine gerechtere Welt in sich trägt – und das alles gleichzeitig.

Wer so etwas behauptet, kann nur Propaganda betreiben, wer es glaubt, ist selber schuld. Das gilt für Jene, die die „Globalisierung“ begeistert umjubeln oder als Sachzwänge erzeugender Prozess mit kritischen Untertönen versehen wie auch für diejenigen, die in ihr die Projektionsfläche für all ihre Ängste vor einer Welt ohne sozialen Halt und Identität gefunden haben. Beides – die Vorstellung der Welt als „globales Dorf“ wie das Gefühl, Teil einer globalen Gefährdungsgemeinschaft zu sein, gehört jedoch zusammen und man sollte vor allem misstrauisch werden, wenn sich wieder an irgendeiner Stelle etwas „globalisiert“. Genau dieses Misstrauen gegenüber dem Begriff fehlt oft genug auch den „Gegnern der Globalisierung“, denen es bis heute nicht gelungen ist, sich auf einen weniger schwammigen Namen zu bringen.

Nicht selten werden in der „Anti-Globalisierungsbewegung“, in der sich sowohl linke Positionen als auch Regionalisten und Verteidiger des sozialen Wohlfahrtsstaates wieder finden, die positiven Bilder von „Globalisierung“ einfach negativ gewendet. Umstritten ist dann nicht, ob es diese „Globalisierung“ überhaupt in dem unterstellten Maße gibt, sondern einzig allein die Frage, wie der Prozess, den alle für ausgemacht halten, zu bewerten sei und auf welche Weise der „Globalisierung von oben“ mit der „Globalisierung von unten“ geantwortet werden muss.

Wenn jedoch „Globalisierung“ weder als ein Begriff verstanden werden kann, der von Freihandel, den „Sieg der Demokratie“ bis hin zu MTV alles und damit nichts bedeuten kann, noch als ein Prozess, in dem „der“ Kapitalismus die (nationalstaatlichen) Sozialräume verengt und zerstört, muss er im Sinne einer treffenderen Kritik auf seine verschiedenen Formen untersucht werden: Neue Techniken der Informationsverbreitung, die Verallgemeinerung des westlichen Demokratiemodells, die Angleichung von Wert- und Konsummustern oder die Liberalisierung des Geld- und Warenverkehrs – all diese Prozesse bezeichnen dabei nicht nur unterschiedliche Sachverhalte, sie sind auch räumlich und zeitlich fragmentarisch und exklusiv zugleich. Sie vollziehen sich weder global im selben Tempo, noch setzen sie sich überhaupt global durch. So werden im Prozess, der Globalisierung genannt wird, ganze Weltregionen politisch und ökonomisch abgekoppelt, innerhalb der ökonomischen und politischen Zentren entstehen Inseln relativer Armut, die Angebote zum Mitmachen im „globalen Dorf“ sind an zahlreiche Voraussetzungen gebunden: Geschlecht, Nationalität, Verfügung über Kapital. Der Prozess, der Globalisierung genannt wird, erzeugt somit faktisch eine Reihe von Ausgrenzungsverhältnissen, die global und innerhalb der nationalstaatlich organisierten Gesellschaften wirksam werden.

Trotz dieser Einschränkungen mag „Globalisierung“ zumindest in ihrer ökonomischen Dimension oft als zweifelsfreie Tatsache gelten. Firmen werden durch

Zusammenschlüsse zu multinationalen Unternehmen, die als globale Spieler in den Weltmarkt treten und oft genug mit der Drohung operieren, die Produktion kurzerhand an andere Standorte zu verlagern, wenn die Bedingungen stimmen. Die Geschichte des Kapitalismus allerdings war schon immer global, weil im Kapital selbst die Tendenz zu seiner grenzenlosen Verwertung angelegt ist. In der Praxis wurden und werden die Grenzen für diese Globalisierungsdynamik politisch in und von den Nationalstaaten gesetzt. Die spezifische Form der Grenzziehung bis in die frühen 60er Jahre hinein resultierte aus der in der Nachkriegszeit entstandenen bipolaren Aufteilung der Welt. In der Konkurrenz zwischen zwei politischen Systemen entstand in den westlichen Industrienationen eine stabile Struktur von Wohlfahrtsnationalstaaten, die sich durch mehrere gemeinsame Merkmale auszeichneten. In ihrem Inneren versprachen sie einen hohen Grad an materieller Sicherheit und sozialem Kompromiss. Das Wirtschaftsmodell des Keynesianismus als zentrale Ideologie stand für Massenkonsum und eine aktive Nachfrage- und Regulierungspolitik des Staates in einer vor allem binnenwirtschaftlich ausgerichteten Ökonomie.

Nach Außen hin legitimierte sich dieser „fordistische“ Staat gegenüber allen nicht-kapitalistischen Gesellschaftsentwürfen gerade über seine Fähigkeit, gesellschaftlichen Konsens herzustellen und soziale Konflikte weitgehend stillzulegen. Global engagierte er sich politisch und militärisch im Wettstreit um den Ausbau von Macht- und Einflussphären und die Verfestigung internationaler Ausbeutungsstrukturen. Dieser Typus des kapitalistischen Staates setzte in seiner Orientierung auf Sozialpartnerschaft und Ausgleich spezifische Grenzen für Kapitalverwertungsinteressen.

Nicht zuletzt aufgrund der Sättigung der nationalen Märkte, der zunehmenden globalen Verflechtung von Handels- und Kapitalströmen, der technischen Entwicklung, die nach neuen Produktionsformen verlangte und der sich abzeichnenden Endlichkeit von natürlichen Ressourcen, die bis dahin hemmungslos ausgebeutet wurden, geriet dieser Typus des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates Anfang der 70er Jahre in eine tiefe Krise, die sich im Zusammenbruch des sozialistischen Machtblocks Ende der 80er Jahre noch einmal verschärfte. Der Siegeszug von Formeln wie „Deregulierung“ und „Neoliberalismus“ fällt in diese Phase: Sie bezeichnen politische Strategien, die in die Krise geratene kapitalistische Regulation wieder zu stabilisieren. In diesem Kontext ist Globalisierung weniger ein realer Prozess als ein Fetisch und Drohbegriff, hinter dem sich staatliche Strategien wie der Abbau von erkämpften sozialen Rechten, die Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitsverhältnissen, die permanente Androhung von Produktionsverlagerung, die ideologischen Angriffe auf „Faulenzer“ und „Drückeberger“ oder die Mobilisierung der nationalen Standortgemeinschaft im internationalen Konkurrenzkampf legitimieren lassen.

Im europäischen Haus

Das Projekt der Europäischen Union lässt sich mit dem Begriff der „Globalisierung“ verknüpfen, weil es auch hier um das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Supranationalität, also der Herausbildung neuer globaler Formen der politischen Regulation, geht. Während in der „Anti-Globalisierungsbewegung“ die Funktion der Nationalstaaten weitgehend ausgeblendet bleibt, hält sich die Kritik an der EU an dem Verhältnis kaum auf. Einigkeit herrscht in der Regel nur, was die Bewertung der repressiven Facetten der Europäischen Union betrifft. Und davon gibt es ohne Zweifel genug: Die in verschiedene nationale Varianten segmentierte Flüchtlingspolitik der „Festung Europa“, die europaweite Vernetzung der Strafverfolgungsbehörden, das militärische Programm der Westeuropäischen Union (WEU), die angestrebte Ausbildung einer „gemeinsamen europäischen Wehridentität“, die in nationaler Ausprägung höchst unterschiedliche politische Konsequenzen aufweisenden Strukturanpassungs-

programme, die unübersehbare Hegemonie Deutschlands in der EU. Dies sind Dimensionen des europäischen Einigungsprozesses, die in den vergangenen Jahren in ebenfalls unterschiedlicher nationaler Ausprägung zu Protesten geführt haben.

Am Bild, das die linke Kritik an Europa oft genug zeichnet, fällt jedoch zweierlei auf: Zum Einen wird unterstellt, es handle sich um gradlinige Prozesse, die im Inneren der EU konfliktfrei auf den Weg gebracht werden, zum Anderen bleibt bei aller richtigen Kritik am repressiven Charakter der „Festung Europa“ weit gehend unreflektiert, dass der Kern des europäischen Projektes zuerst in der Schaffung einer einheitlichen wirtschaftlichen-, monetären- und erst daran anschließend einer politischen Union bestand. Diese Geschichte reicht bis in die 50er Jahre zurück, wo die ersten Verträge über eine gemeinsame Zollunion verabschiedet wurden. In den 70er Jahren kam es in einem zweiten Schritt nicht zuletzt unter dem Eindruck der Krisenerscheinungen des bislang stabilen Regulationszusammenhangs zu Diskussionen um eine gemeinsame europäische Währung. Die angestrebte Währungsunion war dabei auch eine direkte Reaktion auf den Zusammenbruch eines internationalen Währungssystems, in dem der US-Dollar stellvertretend für alle anderen Währungen an den Goldstandard gebunden war und damit einen stabilen Rahmen für die internationale Handels- und Finanzpolitik unter der politischen Führung der USA garantierte. Der Abschied von diesem System warf um so dringlicher die Frage auf, wie die europäische Integration in einen angestrebten gemeinsamen Markt zu vollziehen sei und vor allem, wie es gelingen könnte, die Kosten für Finanz- und Warengeschäfte nachhaltig zu senken.

Es geht also bei der Währungsunion, die jetzt – 30 Jahre später - endgültig realisiert ist, um zweierlei: Zum Einen um die Anpassung der ökonomischen Leistungen der einzelnen beteiligten Nationalstaaten, zum Anderen um einen Prozess, in dem die Bedingungen für die notwendigen Angleichungen politisch erst geschaffen werden müssen. Nicht zuletzt diesem Ziel dienten die im Vertrag von Maastricht formulierten Konvergenzkriterien, die in allen beteiligten Staaten mit Hilfe umfangreicher Deregulierungsmaßnahmen erfüllt werden mussten. Darunter fällt sowohl die als „Verschlankung des Staates“ bezeichnete Privatisierung von Betrieben wie auch die Kürzung sozialer Leistungen, Maßnahmen, die nicht zuletzt im Verweis auf „Sachzwänge“ politisch durchgesetzt werden.

Theoretisch lautet die Logik dieses Prozesses: Auf die Zollunion und den darin angelegten Wegfall kapitalhemmender Hindernisse folgt die Kosten senkende Währungsunion. Die Währungsunion wiederum drängt zur politischen Union. Faktisch jedoch vollziehen sich diese Prozesse nicht nacheinander, sondern parallel, nicht zuletzt, weil die höhere Integrationsstufe jeweils die Voraussetzung für die niedrigere Integrationsstufe darstellt. Ohne gemeinsame politische Entscheidungen jedenfalls konnte weder die Zollunion, noch die Währungsunion zustande gekommen. Der Vertrag von Maastricht stellt dabei in dieser Abfolge politischer Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene einen qualitativen Sprung dar, weil hier zum ersten Mal die Realisierung der politischen Union eng mit der Vereinheitlichung der Währung verknüpft wurde.

Allein dieser kurze Exkurs mag die politischen Brüche andeuten, die den Weg der Europäischen Union bis heute kennzeichnen. Politische Einigungen werden nur in einzelnen Feldern erzielt und selbst sie sind mit nationalstaatlichen Privilegien, Zuwendungen und Kompromissen erkaufte. Diese unterschiedlichen Interessenlagen und die hierarchische Grundstruktur der EU, auf deren Grundlage sie zur Verhandlung kommen, zeigen sich auch in der Diskussion um die EU-Osterweiterung. Die ursprüngliche Konzeption eines politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas ist nicht zuletzt mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Machtblocks am Ende der 80er Jahre an ihre Grenzen geraten, um in den 90er Jahren in zwei gegenläufigen und sich dennoch einander ergänzenden Prozessen zum Ausdruck zu kommen. Zum Einen werden weiterhin die Bemühungen zur Integration „Kerneuropas“ verfolgt, zum

Anderen werden Strategien diskutiert, wie in einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ osteuropäische Beitrittskandidaten assoziiert werden können. Die aussichtsreichsten Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft, wie Polen, Ungarn oder Tschechien haben sich dabei weit reichenden „Strukturanpassungsprogrammen“ unterziehen müssen, ein besseres Wort für die radikale Öffnung für den Weltmarkt und hemmungslose Deregulierung. Andere Länder, wie Rumänien, Bulgarien oder Albanien werden im Prozess der europäischen Konsolidierung voraussichtlich nicht einmal als Billiglohnstandort mitspielen dürfen, sondern schlichtweg abgekoppelt oder – finanziell alimentiert – auf die Rolle von Vorposten gegen unerwünschte Migration verpflichtet.

Zusammen gefasst ergibt sich damit ein Bild von Europa, das mehrere Dimensionen aufweist. Zum Einen stabilisiert sich in all diesen Prozessen ein nach außen gerichteter Abschottungszusammenhang, der allen Beteiligten unterschiedliche Rollen zuweist. Zum anderen vollzieht sich parallel im Inneren des EU-Projektes ein über nationalstaatliche Grenzen hinaus reichender Harmonisierungsprozess, der vor allem ökonomisch und sicherheitspolitisch stattfindet. In den Bestrebungen, gemeinsame Standards der Kapitalverwertung, der „Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung“ oder der militärischen Zusammenarbeit zu schaffen, wird immer wieder auch die Absicht deutlich, ein Ernst zu nehmen der Akteur auf der Bühne des globalen Geschehens zu werden. Zum dritten erfolgt in diesem Prozess aber auch die Zunahme autoritärer Politikangebote im Inneren der einzelnen Nationalstaaten. Ausschließung und Integration, europäische Harmonisierung und Bedeutungszuwachs der Nationalstaaten sind damit Teile ein und desselben Prozesses.

Im Zusammenhang

Genau dieser auf den ersten Blick widersprüchliche Befund, der für den Prozess der „Globalisierung“ wie auch für das Europäische Projekt gilt, verschwindet in der Kritik ein ums andere Mal. Sowohl im Begriff der Globalisierung als auch im Hinblick auf den europäischen Vereinigungsprozess ist in der Regel die Ansicht aufbewahrt, der klassische Nationalstaat sei angesichts der aktuellen Entwicklungen „entmündigt“, „hilflos“, im mindesten aber Opfer eines Prozesses, der von den „Herren der Welt“ oder in multinationalen Konzernetagen ausgedacht wird oder gleich ganz ohne steuernde Zentren und Akteure auskommt. Dies ist beileibe keine exklusive Meinung von Konservativen und Nationalisten, die im Auge mit den drohenden Unübersichtlichkeiten an der Renaissance eines Nationenbegriffs arbeiten, der einem anderen Jahrhundert entstammt. Mit Abstufungen findet er sich auch in linken Positionen, die den Sozialstaat als Bastion gegen die unverhüllte Herrschaft des Kapitals verteidigen wollen.

Dabei kann von einem Funktionsverlust der Nationalstaaten in den beschriebenen Prozessen eigentlich keine Rede sein, denn es handelt sich eher um eine Repräsentationskrise, der mit einer Vielzahl neuer Funktionen beizukommen versucht wird. Insofern beschreiben „Neoliberalismus“ und „Deregulierung“ das Gegenteil ihrer

wörtlichen Bedeutung: Statt Rückzug des Staates meinen sie die zunehmende innergesellschaftliche Durchstaatlichung. Diese direkte Einflussnahme zeigt sich an verschiedenen Punkten: Während der Abbau von Hemmnissen für die Verwertung des Kapitals propagiert wird, wird die Migration von Menschen auf vielfältige Weise unterbunden oder nach den eigenen „Bedürfnissen“ reguliert. Während an die Selbstverantwortung appelliert wird, werden demokratische Mitbestimmungsrechte politisch in die Zange genommen. Während von freier Kommunikation in der vernetzten Welt gesprochen wird, werden die Begriffe „Sicherheit“ und „Überwachung“ zunehmend zu Leitmotiven des politischen Apparates. Dies sind und bleiben Aspekte, die in das Aufgabengebiet der Nationalstaaten fallen. Weil auch in den supranationalen Entscheidungsstrukturen die nationalstaatlichen Einzelinteressen nicht aufgehen, sondern noch direkter zur Geltung kommen, zeigt sich, dass die in vielen Debatten aufgemachte Alternative zwischen dem Nationalstaat und übernationalen Formen der politischen und ökonomischen Regulation am Kern der Entwicklung vor-

verhältnis bringt, kann somit nur in einem konservativen Diskurs landen, in dem der Nationalstaat nicht ebenfalls als Zwangsverband erscheint, sondern als Idyll. Die soziale Spaltung von Gesellschaften und die ethnische Aufladung von Konflikten erscheint dann nicht mehr als politisches Programm, sondern als letzte Meldung aus einer Welt, die es nicht mehr gibt, als politischer Atavismus.

Neoliberalismus ist dann nicht mehr ein politisches Programm, sondern eine Strategie des Kapitals, dem man ausgeliefert ist. Die Kritik an diesen Entwicklungen, muss sich also zunächst des Bildes entledigen, das nicht zuletzt in Gestalt der so genannten Sachzwänge von den Nationalstaaten selbst hervorgebracht wird.

Vom flachen Land zum Gipfelsturm

Wer den Gipfel stürmen will, muss dafür sorgen, dass die Luft nicht ausgeht, sonst bleibt der beste Protest in der Etappe stecken. Die Politik der „Anti-Globalisierungsbewegung“ wie auch die Proteste gegen die Europäische Union und einzelne ihrer Dimensionen, sind durch eine starke Ausrichtung auf Events charakterisiert. Wenn sich die Praxis jedoch darin erschöpft, sind die vereinfachte Wahrnehmung und der ritualisierte Ablauf bereits angelegt. Auf der einen Seite finden sich dann anlassbezogen die Regierungschefs und Minister oder Manager, auf der anderen Seite die Bewegung, die den Apparat mit ihrer Kritik konfrontiert.

Dabei sind am gesamten Prinzip des Gipfelsturms vor allem zwei Dinge auffällig. Zum Einen lässt man sich auf die Logik der Inszenierung von Events ein, von denen man längst selbst ein Teil geworden ist, der in seiner radikalen Variante repressiv ausgegrenzt und in seiner konstruktiven Variante dialogisch vereinnahmt wird, wie die Videokonferenz zwischen dem Weltsozialgipfel in Porto Allegre und dem World Economic Forum in Davos Anfang dieses Jahres zeigt. Zum Anderen überlagert sich in der Konzentration auf die Gipfel nicht nur das eine oder andere theoretische Defizit, sondern auch die Abwesenheit radikaler linker Kritik an „Globalisierung“ und „Europa“ an den lokalen Orten, dort also, wo es Konsequenzen zu beobachten gibt.

Wie Widerstand gegen „Globalisierung“ oder Europa beispielsweise in Hamburg aussehen kann, braucht dann

nicht zu interessieren, wenn der Widerstand mehrere Male im Jahr auf einen Gipfel verlagert werden kann. Wie es scheint, besteht eines der größten Probleme dieser Bewegungen also weniger darin, Menschen für Kritik zu mobilisieren, sondern darin, diese Kritik in einen lokalen Bezug zu setzen. Wo das jedoch nicht gelingt, entstehen Gemeinsamkeiten, die oft weniger Gemeinsamkeiten sind, als die Reproduktion von Propaganda, die Regierungspressestellen vorformuliert haben. Und es entstehen Fragen, die heute auch in der Bewegung gestellt und nicht so recht beantwortet werden können. Mit wem mag man demonstrieren? Welche gemeinsamen Grundlagen kann es zwischen einer radikalen anti-kapitalistischen Kritik, Regionalisten und Verteidigern des Sozialstaates geben? Welche politische Praxis ergibt sich aus der globalen Durchsetzung des Kapitalverhältnisses?

Während nämlich die ökonomische Globalisierung in der Konkurrenz des Kapitals und der Nationalstaaten tatsächlich einen gemeinsamen Nenner aufweist, haben es Bewegungen, die Widerstand gegen diese Prozesse entwickeln wollen, schwer, sich selbst auf einen Nenner zu bringen, denn der Ort ihrer Kritik ist eigentlich nicht der Gipfel, an dem sie zusammen kommen und Globalisierung von unten demonstrieren, sondern die Verhältnisse vor Ort, aus denen heraus ihre Kritik entsteht. Und die sind vor allem unterschiedlich.



Hafenrundfahrt am 14.6.01

bei geht. Nicht der Takt der nationalstaatlichen Aufteilung der Welt ändert sich in den beschriebenen Prozessen, sondern allenfalls die Melodie. Dies findet auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften seine Fortsetzung. So sind die heftigen politischen Auseinandersetzungen um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die nationalistische Leitkulturdebatte und die rassistische Abschottungspraxis, die die politische Situation in Deutschland kennzeichnen, keine Widersprüche, sondern Bedingungen eines Prozesses, in dem „Vereinigung“ und „Globalisierung“ faktisch Ausgrenzung bedeuten. Dieses Ergänzungsverhältnis bedeutet, dass die politische und soziale Fragmentierung im Inneren der Gesellschaften wie auch in globaler Hinsicht die andere Seite der ökonomischen Globalisierung darstellt. Rassistische Politik, Standortlogik und die darin verwobenen nationalistischen Diskurse stellen das Bedingungsmuster dar, auf dem sich auch ein Projekt wie die Europäische Union entwirft.

Wer das Verhältnis zwischen Nationalstaaten auf der einen und den von ihnen besetzten supranationalen Entscheidungs- und Machtstrukturen auf ein Ausschluss-

Stadt, Land, Fluss

Die dümmste Konsequenz, die aus der Besichtigung der Welt heute gezogen werden kann, lautet, Alternativen zum Kapitalismus seien schlichtweg undenkbar geworden. Dass aber der Kapitalismus den autoritären Staatssozialismus überlebt hat, beweist zunächst einmal nicht viel. Und dass die Linke politischen Entwicklungen vielfach ratlos, ohnmächtig oder auch nur marginalisiert gegenüber steht, beweist höchstens, dass sie zu klein ist, gegen die Gemeinheit zu kämpfen, wie es bei Brecht heißt.

Und diese Gemeinheit betrifft nicht nur den globalen Siegeszug des Kapitalismus als vorherrschende Vergesellschaftungsform, sondern ebenso die Vervielfältigung von rassistischen, sexistischen und sozialen Spaltungsprozessen, die in den kapitalistischen Verhältnissen entstehen, aber nicht einfach aus ihnen ableitbar sind.

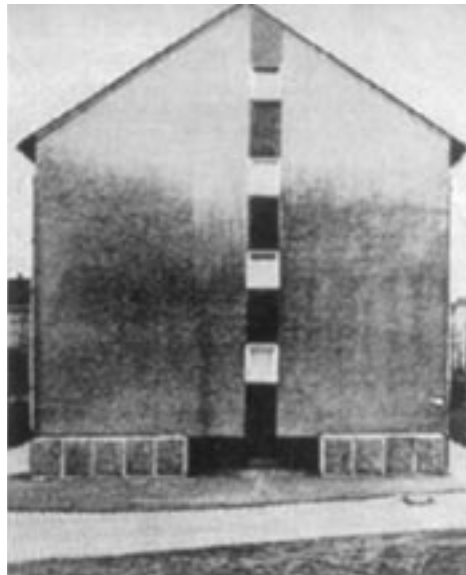
Eine solche Totalität verlangt nach einer fundamentalen Kritik, die noch nicht formuliert ist. Sie wird sich weder damit begnügen können, den Nationalstaat als Bastion gegen „die Globalisierung“ zu verteidigen, noch in einem vermuteten Ende der nationalstaatlichen Aufteilung den ersten Schritt zu einer Weltzivilgesellschaft zu begrüßen. Die Kritik und die Praxis, die sich aus ihr ableitet, wird nach dem inneren Verhältnis verschiedener Spaltungsverhältnisse fragen müssen. Sie wird sich darüber verständigen müssen, unter welchen konkreten Bedingungen soziale Kämpfe stattfinden.

Ohne Zweifel unterscheiden sich diese Bedingungen erheblich – nicht nur global, sondern selbst innerhalb der „Festung Europa“. Von die-

sem Ort aus kann es deshalb nur darum gehen, diese Festung als realen Ort der Abschottung nach außen und als Metapher für ein Spaltungsverhältnis, das sich in das Innere der Gesellschaften fortschreibt, anzugreifen. Dies heißt, dass die Kritik eine Außen- und eine Innenperspektive hat. Die Außenperspektive ist die Herausbildung einer neuen globalen Architektur der Macht, in der die Europäische Union ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ambitionen deutlich macht. Die Innenperspektive ist die ihr zugrunde liegende nationalstaatlich verfasste Wirklichkeit.

Wenn Globalisierung und Supranationalität Entwicklungen sind, die sich auf dem Boden der nationalstaatlichen Aufteilung der Welt vollziehen, dann ist dies der Ansatzpunkt, Kritik vor Ort zu verankern und ein Prinzip in Frage zu stellen, statt seine aktuelle Gewandung. Abschottung, Überwachungsszenarien, politische Durchsetzungsfähigkeit, militärisches Potential, Formierung gegen äußere Gefahren – all dies sind keine spezifischen Entwicklungen, die im Projekt der Europäischen Union aufbewahrt sind. Sie gehören allesamt zum Prozess der nationalstaatlichen Herrschaftstechniken und haben ihre Grenzen immer dort gefunden, wo sich ein breiter gesellschaftlicher Protest Gehör verschafft hat. Kontinuierlich und lokal verankert.

gruppe arachne, mai 2001.



modernerne patrioten

1.) Visionen: Germanischer Generalplan

Konservative Briten lieben das Pfund und ihre Insel, den Euro und die Deutschen mögen sie hingegen nicht. „Von Brüssel und Berlin geht für die heutige Generation von Briten eine Bedrohung aus. Die fremde Oberherrschaft bedroht unsere Lebensweise“, zitierte die Tageszeitung The Times aus einer Rede, die der konservative Unterhausabgeordnete Sir Peter Tapsell im Frühjahr bei einem Wahlkampfauftritt hielt. Seine Partei, die Tories, hatten versucht, den Wahlkampf in ein Referendum über die Einführung des Euro umzufunktionieren. Und Tapsell brachte die Argumente gegen den Euro wohl am deutlichsten zum Ausdruck.

Er lehne den Euro entschieden ab, da bereits die Nazis eine gemeinsame Währung für Europa geplant hatten, sagte Tapsell. Seine Sorge vor einem deutschen Europa sah er durch die „Visionen“ des deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder bestätigt.

Dieser hatte Anfang Mai in einem SPD-Programm-entwurf vorgeschlagen, eine Art europäische Regierung zu etablieren und die EU nach deutschem Vorbild in eine Staaten-Föderation auszubauen. „Wir haben Hitlers 'Mein Kampf' vielleicht nicht rechtzeitig gelesen, aber jetzt haben wir um Himmels willen keine Ausrede, den Schröder-Plan nicht zu studieren“, sagte Sir Peter bei seinem Auftritt. Schröders Vorschläge seien nichts anderes als ein „Germanischer Generalplan“ zur Beherrschung Europas.

Nun sind die Tories sicherlich nicht die beste Referenz, wenn es um eine emanzipatorische Kritik an der EU geht. So profilierten sich die Konservativen während des Wahlkampfes mit der These, dass die britische Rasse wegen der vielen Einwanderern „bastardisiert“ sei und verlangten eine Verschärfung des Asylrechts, die selbst den deutschen Innenminister Otto Schily neidisch machen würde. Dennoch stellen manchmal auch die falschen Leute aus den falschen Gründen die richtigen Fragen: Also, ist die EU ein deutsches Projekt? Stimmt die „Vision“, dass sich die EU unter deutscher Führung zu einem neuen europäischen Superstaat entwickelt?

Kurz vor der Einführung des Euro sprachen wir schon einmal über diese Frage. Damals diskutierten einige Jungle World-Mitarbeiter bei einem Redaktionsbesuch in Kopenhagen mit dänischen EU-Gegnern. Die EU-Befürworter argumentierten, die gemeinsame Währung sei eine Möglichkeit, Deutschland an die kurze Leine zu nehmen. Die Alternative sei hingegen die Fortsetzung des deutschen Sonderwegs - ein deutscher Machtblock (inklusive Österreich und einige ehemalige Ostblockländer) - gegen die ehemaligen Alliierten Frankreich und Großbritannien. Das Gelingen einer europäischen Währung sei daher „eine Frage von Krieg oder Frieden“, wie Helmut Kohl es damals formulierte und damit sogar Zustimmung bis in die radikale Linke erhielt.

Das Gegenargument der dänischen EU-Gegner lautete: Nicht Deutschland wird europäischer, sondern Europa deutscher. Die EU sei nicht ein Einbindungs-

instrument, sondern ein Sprungbrett für Deutschland, um seine Interessen besser durchzusetzen. Die EU würde zwei schreckliche Entwicklungen verbinden: Eine deutsche Hegemonie über Europa und eine neoliberale Wirtschaftspolitik.

Vielleicht ist jetzt, während des EU-Gipfels in Göteborg, ist eine gute Gelegenheit, eine Art Zwischenbilanz zu ziehen. Und wenn man ein vorläufiges Urteil zu fällen hätte, dann würde ich sagen: Europa ist deutscher geworden.

Hat Tapsell also doch recht gehabt? Ist Deutschland auf dem besten Weg, zum dritten Mal in hundert Jahren den Kontinent zu dominieren? Zwar nimmt der deutsche Einfluss zu, doch ist es meiner Ansicht nach falsch, von einer einfachen Kontinuität der Nationalstaaten auszugehen. Diese neue Ordnung resultiert historisch nicht, wie eine weit verbreitete linke EU-Kritik behauptet, aus der Kontinuität, sondern aus der nach zwei Weltkriegen offensichtlich gescheiterten deutscher Hegemonialpolitik. Der „Germanische Generalplan“ zur Unterwerfung Europas ist - im Gegensatz zu Tapsells Meinung - 1945 in Berlin vorerst gescheitert.

Erst diese Niederlage - und die damit verbundene „Aussöhnung mit dem französischen Erbfeind“ - ermöglichte die Integration Deutschlands in die EU und den damit seit 1989 verbundenen Aufstieg zu einer neuen Weltmacht. Die deutsche Hegemonievorstellungen beruhen nicht mehr auf der Gegnerschaft zu den ehemaligen europäischen Alliierten, sondern auf der Kooperation mit ihnen.

Diese Kooperation - in erster Linie mit Frankreich - ist wiederum nur möglich, wenn es zumindest eine partielle Übereinstimmung der Interessen zwischen den EU-Kernländern gibt. Zumindest müssen Frankreich und Großbritannien einige Vorteile darin sehen, sich in eine Kooperation mit Deutschland einzulassen. Nach welchem Muster funktioniert also diese neue Ordnung?

2.) Wirklichkeit: Konzentrische Kreise

„Wenn wir für die Einigung Europas und die EU eintreten, praktizieren wir nicht idealistische Selbstlosigkeit, sondern verfolgen eigene praktische Interessen“. Diese Aussage des ehemaligen deutschen Außenministers Klaus Kinkel von 1992 beschreibt nicht nur das deutsche Selbstverständnis gegenüber der EU, sondern würde von seinen europäischen Kollegen vermutlich ähnlich formuliert. Nicht die Betonung eines gesamteuropäischen Interesses oder das Streben nach einem „Superstaat“, in dem die einzelnen Nationen aufgehen, steht im Mittelpunkt. Im Gegenteil: die EU wird als ein Instrument angesehen, mit der die jeweiligen nationalstaatlichen Interessen besser durchgesetzt werden können.

„Eine Isolation von Europa ist nicht patriotisch, sondern die Verleugnung unseres wahren nationalen Interesses“, erklärte New Labour-Chef Tony Blair während des Wahlkampfes in Großbritannien. Europa stelle „eine einmalige Gelegenheit für Einfluss und Führerschaft auf der Weltbühne in vitalen Fragen unseres nationalen Interesses dar. Wahrer Patriotismus heißt zuerst Aufstehen für das britische nationale Interesse“, sagte er - und meinte damit die Integration in die EU.

Dieser „moderne Patriotismus“, wie Blair es nannte und der damit den traditionellen „proud to be british“-Konservativen im Wahlkampf den Boden entzog, bringt das Verhältnis zwischen EU und Nationalstaat gut zum Ausdruck. Die europäische Integration bedeutet keinen Verzicht auf nationalstaatliche Macht, sondern die Ausweitung ihrer Spielräume. Dies erklärt auch, wieso der Nationalismus in der vergangenen Dekade zugenommen hat - obwohl doch ständig von dem Bedeutungsverlust des Nationalstaates die Rede war.

Dabei handelt es sich nicht um eine bloße Fortsetzung nationaler Hegemonievorstellung, im europäischen Integrationsprozess bildet sich vielmehr allmählich eine neue Herrschaftsordnung heraus. Von Beginn an war die EU vor allem ein Zusammenschluss ökonomischer Interessen. Die EU-Integration begann mit der Montan-Union, später folgte die Zoll- und die Währungsunion. Sie basiert auf der Einsicht, dass sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieg wirtschaftliche Interesse in zunehmende Maße nur noch gemeinsam mit anderen Staaten realisieren lassen. Die EU wurde gegründet, um (a) einen eigenen homogenen Binnenmarkt einzurichten, (b) um eine Währung zu etablieren, die auf dem Weltmarkt mit dem US-Dollar konkurrieren kann. Hier liegen die gemeinsame Interessen der Euro-Staaten. Der wirtschaftliche Zusammenschluss kann aber nur funktionieren, wenn er von einer politischen Integration begleitet wird.

Diese Kooperation erfolgte nach einer klaren Hierarchie, die der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble und der außenpolitische Sprecher der CDU, Karl Lamers, bereits in den achtziger Jahren mit ihrer Kerneuropa-These formulierten. Außenminister Joseph Fischer hat sich in seiner Europarede, der er vergangenes Jahr in der Berliner Humboldt-Universität hielt, explizit darauf bezogen und auch Schröders „Vision“ von Europa basieren auf dieser Konzeption.

Demzufolge bildet Deutschland und Frankreich (sowie die Benelux-Staaten) den Kern des EU-Projekts. Der viel zitierte „deutsch-französische Motor“ bildet, in Abstimmung mit Großbritannien, den Antrieb des EU-Projekts und legt auch fest, wohin die Reise geht. Dann folgt lange nichts. Erst mit großem Abstand läuft die zweite Garnitur der EU dem Führungsgespinn hinter - die restlichen Mitgliedsstaaten, angeführt von Italien und Spanien. Der dritte Kreis bilden die potenziellen Neuzugänge aus dem Osten. Der vierte Kreis sind die neuen Einflusszonen: Der Mittelmeerraum (inklusive Algerien), Süd- und Osteuropa, der Nahe Osten und Lateinamerika.

Die jeweiligen nationalen Interessen lösen sich nicht auf, sondern werden von innen nach außen durchgesetzt. In den diversen zwischenstaatlichen Gremien werden die Konzepte entwickelt und abgestimmt. Während in der Nachkriegszeit die Union vor allem auf den Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich basierte, hat sich seit 1989 das

Gewicht eindeutig nach Berlin verlagert. Spätestens mit dem Gipfel in Nizza im vergangenen Dezember hat sich Deutschland seinen massgeblichen Einfluss auf politischer Ebene gesichert. Dort erreichte die deutsche Delegation weit größere Zugeständnisse, als sie selbst erwartet hatte. Entscheidungen im Ministerrat müssen künftig (neben 74 Prozent der Ratsstimmen und 50 Prozent der Staaten) auch mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren. Deutschland kann auf dieser Grundlage nun als einziges Land gemeinsam mit nur zwei weiteren EU-Staaten (eines jede Entscheidung blockieren. Zusätzlich wird die deutsche Vertretung im Europäischen Parlament ausgeweitet. Nach dem Vertrag von Nizza ist Deutschland der mit Abstand mächtigste Staat in der Union. „Die Zeiten, da Deutschland ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg war, sind längst vorbei“, kommentierte Le Monde damals den Sieg von Gerhard Schröder.

Um bei dem Bild der konzentrischen Kreise zu bleiben, so bildet sich Deutschland als der eigentliche Kern der EU heraus, der seine Entscheidungen mehr und mehr im Alleingang trifft und sie erst anschließend mit Frankreich abstimmt. In diesem Sinne stimmt die Aussage, dass die EU deutscher wird.

Diese Entwicklung lässt sich an den wichtigen Entscheidungen der letzten zehn Jahren verdeutlichen.

1. In der Wirtschaftspolitik. Hier ist die EU weitgehend der Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank gefolgt und auch die Europäische Zentralbank unter Wim Duisenberg folgt eindeutig dieser deutschen Position. Damit hat sich Deutschland gegen die keynesianische Inflationspolitik der südlichen EU-Länder und Frankreich durchgesetzt. Deren Wirtschaftspolitik verfolgte - kurz gesagt - die Strategie, durch erhöhten Staatsausgaben und „Defizit-Spending“ den Konsum in Schwung und die Arbeitslosenzahlen niedrig zu halten. „Ein wenig Inflation kann nicht schaden“, lautete das Motto von Griechenland bis nach Portugal. Das gilt nicht mehr. Für Deutschland hatte die harte Mark bzw. ein stabiler Euro höchste Priorität.

2. In der Sozialpolitik. In der Konsequenz wurden die so genannten Maastrichter Kriterien verabschiedet. Seitdem gilt die soziale Deregulierung europaweit als Masterplan. Schröders Aussage, es gebe „kein Recht auf Faulheit“, ist nur das (späte) Motto für die europäische Sozialpolitik.

3. In der Außenpolitik. Zweifellos hat sich die deutsche Interventionspolitik auf dem Balkan als „erfolgreich“ erwiesen: Von der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens bis zum Nato-Krieg im Kosovo. Und vermutlich war der Kosovo-Krieg erst der Anfang. Nicht erst seit dem Besuch von Außenminister Fischer in Israel lassen sich die europäischen Bemühungen im Nahen Osten deutlich verfolgen. Seit geraumer Zeit versucht die EU dort, die USA zu verdrängen. Wie es scheint, ist sie auf dem besten Weg dazu. Im Juni gelang es ihr zum ersten Mal, eigene Beobachter zu platzieren. Ein Prozess, der sich ähnlich wie in Jugoslawien entwickeln könnte - von der Vermittlung zu Beobachtern zur „Friedenstruppe“. Gut möglich, dass in nicht allzu ferner Zukunft die Debatte hier beginnt, ob nicht deutsche Soldaten, gerade wegen der Vergangenheit, in Israel Frieden schaffen sollen.

Zu dem neuen außenpolitischen Einfluss gehört

auch die Militärpolitik: Deutschland ist maßgeblich beim Ausbau der WEU in eine Euro-Armee und der Schaffung einer 60.000 Mann starken Task Force beteiligt; sie ist wichtiger Bestandteil bei der Sicherung der europäischen Einflussosphäre und ermöglicht Deutschland - siehe Kosovo - künftig seine „Interesse“ bis weit außerhalb Europas militärisch abzusichern. Deutsche Soldaten auf dem Balkan, vielleicht bald im auf dem Golan, wären ohne EU-Beteiligung sicherlich undenkbar.

Eine ähnliche Entwicklung gilt auch für Südamerika. In Kolumbien empfiehlt sich die EU als Vermittler im Bürgerkrieg, Kuba begrüßt euphorisch den Euro als Alternative zum Dollar, Argentinien erwägt seine Einführung als Leitwährung.

In Südosteuropa ist dies schon gelungen. Fast der gesamte ehemalige Ostblock und der Balkan gehört mittlerweile zur Euro (bzw. D-Mark)-Zone. In Montenegro ist die D-Mark offizielles Zahlungsmittel, in Südosteuropa ist sie zur Leitwährung avanciert. Diese Entwicklung wird sich mit der EU-Ost-Erweiterung noch verstärken.

4. Im „Europa der Regionen“. Gleichzeitig mit der neuen Expansion nach außen gewinnt der Regionalismus an Einfluss. In Spanien wollen die Basken einen eigenen Staat errichten, in Serbien die Kosovo-Albaner, in der Türkei die Kurden. Korsika soll einen Autonomie-Status erhalten, ähnliches fordern jetzt auch die Bretonen. In Belgien wollen sich die Flamen von den Wallonen separieren, in Italien will die Lega Nord sich von Rom abspalten usw.

Nur scheinbar besteht in dem Verhältnis zwischen Nationalstaat und Regionalismus ein Widerspruch. Denn der kleinräumige und der großräumige Chauvinismus können sich sehr wohl ergänzen. Beispielhaft formulierte es Deutschlands prominentester Heimatschützer, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber: „Die Regionen seien der Trumpf Europas im Wettbewerb der Kulturen. Wirtschaftlich starke Regionen seien das Rückgrat für den Wirtschaftsstandort Europa. Europa brauche die Regionen außerdem zur Bewahrung von Identität und Geborgenheit in der zunehmend globalisierten Welt, für bürgernahen Verwaltungsvollzug und nicht zuletzt für die innere Stabilität der Gesellschaft“, zitierte ihn seine Staatskanzlei nach einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing im Januar vergangenen Jahres.

Keine Grenze gilt für immer - es ist kein Zufall, dass gerade die Bundesrepublik das Konzept eines „Europa der Regionen“ so offensiv propagiert. An der Grenze zu Tschechien, zu Polen und zu den Niederlanden sind bereits zahlreiche so genannte „Euro-Regionen“ entstanden. Die Macht des wirtschaftlich stärkeren Partners - was nach Lage der Dinge heißt: Deutschlands - führt dazu, dass dieser auch in Fragen von politischer Bedeutung den Ton angibt.

Das „Europa der Regionen“ geht immer einher mit Begriffen wie „Identität“, „regionale Traditionen“ und „kulturelles Erbe“. Dieser „ahistorische Bezug auf eine als homogen wahrgenommene regionale Identität“, schreibt Andreas Dietl in Jungle World (Nr. 37/00), „zählt zu den Hauptursachen des Rassismus in Europa“.

5. In der Flüchtlingspolitik und der Innere Sicherheit. Eine weiteres Modell der länderübergreifenden Zusammenarbeit findet sich bei Abwehr von Flüchtlingen. An der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechi-

schen Grenze entstehen so genannte Polizeizentren, in denen sich die Beamten beider Länder gemeinsam auf die Jagd nach illegale Migranten machen. Vor allem aber verlagert Deutschland die Schengen-Grenzen bis auf den Balkan aus. BGS-Polizisten befinden sich seit dem Zusammenbruch des Staates in Albanien, seit dem Abkommen von Dayton in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien und schließlich seit dem Ende des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien im Kosovo.

Gleichzeitig strebt das deutsche Innenministerium seit längerem eine einheitliche europäische Polizei und Sicherheitsbehörden vor. In Schröders Programmmentwurf sieht explizit die Vergemeinschaftung der Exekutiv-Behörden vor.

6. In der Gen- und Biotechnologie. Auch in der Gen- und Biotechnologie will Deutschland den Anschluss nicht verpassen. „Erst kommt das Wissen“, dann der „Führungsplatz in der Bio- und Medizintechnik“, erklärt Bundeskanzler Gerhard Schröder im Februar diesen Jahres. Für den Ausbau der Biotechnik will die Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren 1,5 Milliarden Mark bereitstellen. Hinzu kommen weitere 350 Millionen Mark für das nationale Genomforschungsprojekt.

Die Bundesregierung hat viel aufzuholen, denn in der Gentechnologie liegen die USA in Führung, Europa hinkt etwa um zehn Jahre hinterher. Die rund 1 300 europäischen Unternehmen der Branche haben derzeit insgesamt einen Börsenwert von 35 Milliarden Dollar, gerade ein Zehntel des Werts der US-amerikanischen Firmen.

Die US-Biotechbranche konnte schon früh vom Telekom-Boom an den Börsen und vom engen Kontakt zwischen Universitäten und Industrie profitieren. Die schnelle Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihre prompte Finanzierung durch Risikokapital verschaffte den USA Vorteile im Wettbewerb. In Europa folgte zuerst Großbritannien in den achtziger Jahren dem US-Modell. Dort wurden die ersten biotechnischen Startups gegründet, viele von ihnen in der Nähe der Forschungsinstitute von Cambridge und Oxford. Später folgten Frankreich und kleinere Länder wie Island und die Schweiz.

In Deutschland kam die Technologiebörse am Neuen Markt hingegen erst Mitte der neunziger Jahre in Schwung, ebenso die staatliche Förderung. Durchaus mit Erfolg. Im vergangenen Jahr gab es zwischen Flensburg und Konstanz zum ersten Mal mehr Biotechunternehmen als in Großbritannien. Doch um den Vorsprung der USA aufzuholen, sind in den nächsten Jahren viel größere Investitionen nötig als bisher.

Um dieses Kapital aufzutreiben, werden die phantastischen Zukunftsaussichten der Biotechbranche angepriesen: Je höher der Einsatz, desto gewaltiger die Versprechen. Mit Hilfe des Genomprojekts soll beispielsweise der Krebs besiegt werden. Seine Regierung werde den Kampf gegen die „Volkskrankheit“ aufnehmen und sie „ausrotten“, tönte Tony Blair, nachdem britische Gerichte das therapeutische Klonen von Embryonen erlaubt hatten. Bundeskanzler Schröder übernimmt diese Werbestrategie für die Bioindustrie. So befürwortet die neue Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt Gentests an künstlich befruchteten Eizellen, damit schwere Erbkrankheiten besser bekämpft werden können.

Die Verbindung von medizinischen Heilsversprechen und Standortwettbewerb ist in mehrfacher Hinsicht lukrativ. Denn wer will der Biotechnologie noch die Legitimation absprechen, wenn mit ihrer Hilfe schwere Leiden gelindert oder gar verhindert werden? Und was könnte profitabler sein, als das Leben und den Körper selbst zu vermarkten?

3.) Widerstand: Im Herzen der Bestie

Um noch einmal zusammenzufassen: Die EU ist als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet worden, um die gemeinsamen Interessen der einzelnen Nationalstaaten besser durchzusetzen. Von der Integration hat bisher Deutschland am stärksten profitiert - vom Binnenmarkt und durch seine neue außenpolitische Rolle. Dennoch konnte der deutsche Aufstieg

nur erfolgen, weil es (ökonomisch und politisch) zumindest partiell gemeinsame Interessen mit den anderen EU-Staaten gibt. Ohne gemeinsamen Binnenmarkt und Währung wäre kein Staat auf Dauer zu den USA konkurrenzfähig, und hätte entsprechend auch außenpolitisch nichts zu melden. Wenn Deutschland an der Spitze dieses neuen supranationalen Zusammenschlusses steht, wieso regt sich dann ausgerechnet in Deutschland so wenig Widerstand dagegen?

Um darauf eine Antwort zu geben, möchte ich zuvor einige kurze Anmerkungen über das Verhältnis zwischen Nationalstaat und transnationalen Zusammenschlüssen formulieren. Für viele Gruppen und Aktivist:innen, die nach Göteborg gefahren sind, bilden die Anti-EU-Aktionen nur den Auftakt für den „summer of resistance“, der von Göteborg, über den WEF-Gipfel in Salzburg zum G8-Treffen in Genua führt. Interessant ist dabei, dass das Event-Hopping in einem direkten politischen Zusammenhang gesehen wird. In Göteborg wird angeblich nur für den regionalen (europäischen) Rahmen vorbereitet, was in Salzburg und Genua gleich für die gesamte Welt diskutiert wird. Die politischen Eliten treffen sich - so die These der Aktivist:innen - um die Welt den neoliberalen Spielregeln anzupassen. Und die EU bildet dabei quasi nur die Unterabteilung für die weltweite Kapitalismus-GmbH, die zur Auflösung der Nationalstaaten und der weltweiten Durchsetzung einer Herrschaft der Konzerne angetreten ist.

Es gibt meiner Ansicht nach mehrere Gründe, dieser Sicht zu widersprechen. Weder wird die nationalstaatliche Politik überflüssig, noch handelt es sich um ein weltweites ideologisches und ökonomisches System, das sich einfach unter den Begriff „Neoliberalismus“ subsumieren lässt.



Dem Irrtum, dass sich die jeweiligen Staaten in subnationale System transformieren, dass nationale Regierungen nichts mehr zu sagen haben, der Kapitalismus sozusagen keine Heimat mehr hat, erliegen nicht nur linke Globalisierungsgegner. Die schärfste Kritik an der EU kommt daher auch von rechts. Die Parole „Zerschlagt die EU“ gehört mittlerweile zum Standard-Repertoire der NPD. Ebenso wird in Frankreich von Le Pen bis Pasqua gegen die EU mobil gemacht - mit dem „Argument“, die EU entmachte die „Grand nation“. Und in Italien hat die rassistische Lega Nord allen Ernstes bis vor kurzem behauptet, die EU sei die letzte Bastion des Kommunismus.

Aber auch bei der staatstragenden Linken, bei den sozialdemokratischen und trotzkistischen Organisationen hält sich die Legende vom Tod des Nationalstaates. Ein Beispiel ist dafür die aus Frankreich stammende Gruppe Attac, die mittlerweile in mehr als 20 Ländern aktiv ist und sich auch bei nahezu jeder Anti-EU- und Anti-Globalisierungs-Aktion beteiligt.

Attac ist eine Abkürzung für „Aktionen für eine Steuer auf finanzielle Transaktionen zugunsten der Bürger“. Die Organisation, die 1998 als Reaktion auf die so genannte Asienkrise gegründet wurde, will eine „Tobin-Steuer“ von 0,5 Prozent auf alle Transaktionen der internationalen Geldmärkte einführen, um „den Fluss von spekulativen Kapital zu verhindern“. Nach Ansicht von Attac liegen die Gründe für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, für Flexibilisierung, Massenentlassungen und der Deregulierung der sozialen Sicherungssysteme am freien Fluss des Kapitals.

Die meisten Aktivist:innen von Attac kommen aus trotzkistischen Gruppen und viele von ihnen sind der französischen Monatszeitschrift *Le monde diplomatique* verbunden. Ihre Pläne zur Besteuerung von Finanzspekulationen werden selbst von Teilen der politischen und wirtschaftlichen Elite unterstützt - so etwa von Jacques Delors (Ex-Präsident der EU-Kommission) und George Soros.

Eine solche Tobin-Steuer würde von Staaten oder Staatengruppen, die mit der UN oder dem IWF kooperieren, eingetrieben. Attac bevorzugt daher die „Verstärkung der nationalen oder regionalen Staaten, damit diese ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik besser gestalten können“.

Doch diese Trennung von Staat und Kapital, von Produktionsprozess und Zirkulation, hat einige fatale Konsequenzen. Durch diese Fixierung auf das „spekulative Kapital“ stehen „nicht länger die Produktionsprozesse und die Akkumulation von Kapital im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern Clubs einflussreicher Männer (und weniger Frauen), die hinter verschlossenen Türen die Zukunft der Welt aushandeln“, schrieb Alain Kessi in *Jungle World* - damals anlässlich der WEF-Treffens in Davos. Die Kritik ist aber problemlos auf die Aktivitäten vieler Anti-EU- oder Anti-Globalisierungsgruppen zu übertragen.

Die niederländische Gruppe *de Fabel van de illegal* hat völlig zurecht kritisiert, dass die Gesetze des Marktes nichts zu tun haben mit den Handlungen einiger weniger Kapitalisten oder multinationaler

Konzerne. „Der Kampf um die Welt, die wir uns wünschen, bedeutet nicht, dass wir uns auf dickbäuchige Zigarrenraucher stürzen, die beim Pferderennen Melonen auf dem Kopf tragen“, schreiben sie.

„Worauf es ankommt, sind nicht die individuellen Profite, sondern eine Orientierung auf die Produktion und die sozialen Verhältnisse dieses Systems, das uns diktiert, wie wir zu arbeiten und zu leben haben. Die Abschaffung des Kapitalismus bedeutet nicht, den Reichen ihr Geld wegzunehmen, ebensowenig, es revolutionär an die Armen umzuverteilen, sondern die Abschaffungen der Gesamtheit von Geldbeziehungen, die letztlich nur durch eine Abschaffung der Warenproduktion zu haben ist“, heißt es in dem Papier von de Fabel weiter.

Die Kritik am Spekulationskapital lädt geradezu ein, antisemitische Ressentiments hervorzurufen. So kursieren einige linke Aufrufe gegen die EU, in denen aufgefordert wird, die Auslieferung der Euro-Scheine und Münzen zu verhindern. Die NPD würde diesen Aufruf sicherlich ebenfalls unterstützen.

Gleichzeitig zieht die These, dass der (National-) Staat gegen das Zirkulationskapital zu stärken sein, unangenehme Freunde an. Als im Januar 2000 der Vorschlag gemacht wurde, die „Tobin-Steuer“ im EU-Parlament zu verhandeln, wurde dieser Antrag nicht nur von Sozialisten, Kommunisten und den grünen Parteien unterstützt, sondern auch von der rechtskonservativen Fraktion um Pasqua und De Villiers.

In diesem Punkt scheint künftig ein zumindest partielle Zusammenarbeit zwischen Linken und Rechten - gegen das Finanzkapital, für den sozialen Staat - nicht mehr ausgeschlossen. Susan Georg, eine US-amerikanische Politikwissenschaftlerin, Vizepräsidentin von attac-international und regelmäßige Le Monde Diplomatique-Autorin, ist sich zwar bewusst, dass eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten gefährlich ist. Dennoch sei diese notwendig. „In den USA waren die vereinten Kräfte der Linken und der Rechten notwendig, um die Fast-Track-Bestimmung des US-Präsidenten zu Fall zu bringen (Das Recht, Freihandelsbestimmungen ohne Zustimmung des Kongresses gesetzewirksam zu machen).

Die Kritik an den Finanzmärkten wird besonders fatal, wenn sie sich noch um eine geographische Zuschreibung bemüht. „Europa oder die USA“ heißt die manifestartige Überschrift eines Artikels in dem Ostberliner Blatt „Der Gegner“. Die Autoren plädieren dafür, das soziale Erbe Europas gegen die Hegemonie des US-Neoliberalismus zu verteidigen. In einer solchen dichotomischen Sicht werden die Tradition des (westeuropäischen) sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates sowie des (osteuropäischen) Realsozialismus plakativ gegen den US-Neoliberalismus gestellt, der die weltweiten Finanzmärkte dominiert und die Sozialsystem vernichtet.

Bei seinem Aufruf zum großen Kulturkampf kann sich das Berliner Underground-Blättchen durchaus prominenter Unterstützung sicher sein. So hielt der französische Premierminister Lionel Jospin Anfang Juni eine Europa-Rede, die z.T. auch den Anti-Globalisierungsauf-rufen entnommen sein könnte.

„Diese wirtschaftliche Kohärenz muss in den Dienst der sozialen Solidarität gestellt werden. Dies fordern unsere Bürger. Europa kann und darf keine bloße Frei-

handelszone sein“, heißt es da. Das „Gesetz des Marktes“ bewirke eine Vereinheitlichung der Konsumverhalten und eine Konzentration der Kulturindustrien. Gemeinsam müssen wir uns aber gegen die drohende Uniformierung und die Überflutung durch Kulturprodukte aus ein und derselben Quelle wehren. Dies ist eine grundlegende Frage der Zivilisation. Selbstverständlich ist dies ein Kampf für die europäischen Kulturen, aber auch für alle anderen Kulturen.“

Wer mit dieser „Quelle“ gemeint ist, braucht wohl nicht mehr weiter ausgeführt zu werden. Die EU ist mehr als ein Wirtschaftsraum, sie ist in diesem Sinne eine Wertegemeinschaft, die ihre Kultur gegen Hollywood und ihre soziale Erungenschaften gegen die Wall-Street verteidigen muss. Es wäre fatal, wenn sich eine linke EU-Kritik diesem europäischen Patriotismus anschließen würde.

4.) Schluss

Thesen für eine linke Kritik der EU.

1. Nicht Kampf gegen das Spekulationskapital, sondern gegen die Arbeit muss im Mittelpunkt stehen. Nicht die Zirkulationssphäre ist der Ansatzpunkt, sondern die Warenproduktion und die Arbeitsverhältnisse.
2. Die Formierung einer neuen europäischen „Identität“ funktioniert nur über die Ausgrenzung des „Nicht-Identischen“, d.h. über die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Im Mittelpunkt steht dabei die Kritik des Schengener Systems und seine Ausdehnung bis an die Grenzen der neuen Ost-Beitrittskandidaten und den südosteuropäischen Einflusszonen.
3. Der Ausbau der EU zur Militärmacht und „Friedensstifter“. Nach dem Balkan ist der Nahe Osten das nächste Ziel der europäischen Friedensstifter. EU-Truppen im Nahen Osten unter deutscher Beteiligung - dieses Szenario könnte in absehbarer Zeit durchaus denkbar sein.
4. Die Frage, welche Rolle die EU künftig im Nahen Osten spielen wird, ist umso wichtiger, da Deutschland heute das mächtigste Land in der Union ist. Das Herz der Bestie schlägt in Berlin. Wer die EU kritisiert, muss den Bezug zu den deutschen Interessen herstellen.

Kleines Frühstück Osteuropas

Kleines Frühstück Osteuropa? Für oder gegen die EU Osterweiterung? ... Automatisch dagegen?! Oder birgt die Osterweiterung nicht auch Vorteile?

Solche und weitere Fragen stellte Sebastian Schädler von der AG Osteuropa aus Berlin vor einem Publikum von circa 60 Leuten in der B5 in Hamburg. Am Beispiel Polen analysierte Schädler die aktuellen Punkte zu Osteuropa, welche in Göteborg bearbeitet werden sollten. Diese waren insbesondere die zukünftige Reorganisation der EU nach der Osterweiterung als auch Fragen zur Arbeitspolitik.

Vogel friß oder krepier

Laut Schädler hat die EU ihre Verhandlungsstrategie mit den osteuropäischen Ländern geändert. Wo seit 1993 eine stufenweise Annäherung an die EU für alle Anwärterstaaten möglich war, gilt heute eine Art »Regattaverfahren« nach klassischer kapitalistischer Verfahrensweise: Wer die geforderten Bedingungen erfüllt, gewinnt und kriegt was vom Kuchen - wer nicht, verliert und wird abgeschrieben. Perspektivisch bedeutet dies für die »Verlierer« wahrscheinlich ein Absinken auf so genanntes »Dritte Welt«-Niveau. Zu den Anwärtern der Armut gehören momentan zum Beispiel Rumänien, Bulgarien und Albanien... Tschüs! Sieger werden zu Beispiel Polen, Ungarn und Tschechien sein... The winner takes it all! ... äheem... hier mal nicht: Denn vom Preisgeld wird leider einiges abgerechnet werden müssen, so dass sich die Frage stellt, ob überhaupt was davon übrig bleibt. IWF-Strukturanpassungsprogramme haben bei vielen der Länder die Schuldenberge steigen lassen und die »Programme« der EU kommen ja erst noch. Strukturell betrachtet wird es eine EU nur als »Europa der zwei Geschwindigkeiten« geben. Somit werden die momentanen Sieger der Regatta zwar formale Mitglieder werden, aber mit einem beidseitigen Ausnahmenkatalog, der erst nach Jahren eine absolute Gleichstellung vorsieht. Aber auch diese ist schon in Frage gestellt. Denn wenn es nach Deutschland und Frankreich geht, wollen diese als »Kerneuropa« die EU strukturell zu ihren Gunsten hierarchisieren. Damit würde insbesondere Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Führungsrolle seine Machtstellung auch administrativ festigen.

Um was geht's in Göteborg?

Der Anpassungsprozess zwischen den alten EU-Ländern und den Anwärterstaaten ist sehr weitreichend und durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche. Doch hat schon allein Polen 500 Ausnahmegenehmigungen beantragt, welche teilweise noch 18 Jahre nach dem Beitritt gelten sollen.

Der problematischste Punkt ist hierbei das geforderte Landkaufverbot für die alten EU-Länder, da zum Beispiel im Vergleich zu Deutschland die Bodenpreise nur lächerliche ein Zehntel betragen.

Weiterhin soll alleine die Bundesregierung 44 Milliarden an Subventionen für die insgesamt in die Auswahl gekommenen zehn Anwärterkandidaten zahlen... was sich erst mal ganz uneigennützig anhört. Das Geld wird jedoch größtenteils auf dem Umweg über die deutsche Wirtschaft zurückfließen. Deutschland als ein Exportland profitiert davon also.

Und nicht nur hier. Schließlich verschiebt sich auch die Festung Europa mit Polens Außengrenze weiter nach Osten, die bereits heute schon stärker kontrolliert wird. Somit werden unsere Grenzer auch ein bißchen von dieser Aufgabe entlastet.

Weiterhin sollen die Menschen aus Polen für sieben Jahre nicht in Deutschland arbeiten... was deutsche Gewerkschaften mit ihrer Standortlogik ebenfalls begrüßen!

Perspektiven (... losigkeit) am Beispiel Polen

Die Zustimmung in der Bevölkerung zur EU hat im Gegensatz zum Anfang der neunziger Jahre abgenommen. Heute haben nur noch 50 Prozent Lust auf »Go west!« und wünschen einen Beitritt.

Bedroht ist vor allem der allseits marode Agrarsektor und der auf Grund sonst drohender Arbeitslosigkeit damit zusammen hängende PendlerInnenverkehr von Putzkräften und Hilfsbauarbeitern nach Deutschland. Aber auch das organisierte Zwangsgewerbe der Prostitution findet hier seine Kundschaft.

Letzteres soll, wie oben erwähnt, sieben Jahre eingefroren werden, so dass die PendlerInnen weiterhin dazu gezwungen werden schwarz zu arbeiten. Die Bedingungen und Anforderungen werden somit durch das deutsche Kapital formuliert. Was also in den alten EU-Ländern gilt, soll in Osteuropa anders werden: Die legale Möglichkeit sich seinen Arbeitsplatz innerhalb der EU-Grenzen frei wählen zu können.

Der deutsche Bausektor weiß um diese Situation und weiß deswegen auch gut sie zu seinen

Gunsten zu nutzen. Illegalität ist fester Kalkulationsfaktor... weswegen die Bauunternehmen davon profitieren, wenn deutsche Bauarbeiter ihren eigentlich polnischen Standeskollegen die Fresse einschlagen, weil diese zu billig arbeiten - so passiert 1997 in Berlin. Doch nicht nur die deutsche Wirtschaft fördert diese Spaltung, sondern auch die IG Bau mit kongruenten Argumentationsmustern. Ein wohl klassisches Beispiel für Rassismus mit eigentlich sozio-ökonomischen Ursachen.

Das andere Problem ist der Agrarsektor an dem schon die »Realsozialisten« scheiterten. 52 Prozent der polnischen Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten.

Laut Schädler kann Polen in drei Bereiche eingeteilt werden: Die Familienbetriebe, die LohnarbeiterInnen und die Tourismusbranche. Die Familienbetriebe sind klein und leben hauptsächlich von Subsistenzwirtschaft, also produzieren für den Eigenbedarf. Allerhöchstens die Hälfte schafft es nach dem Beitritt diesen Status zu halten.

Die LohnarbeiterInnen wurden nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus« 1989 abgebaut und pendeln eben teilweise täglich bis zu drei Stunden nach Deutschland. Der Rest lebt von der Stütze oder der Caritas (!). Sie sind diejenigen, vor denen Europa am meisten Angst hat, da sie zu nichts weiter »taugen« als HilfsarbeiterInnen zu sein.

Ein anderer Teil lebt von der Tourismusbranche, die der Rettungsanker sein soll, der er nicht sein kann. 40 Prozent der polnischen Bevölkerung sollen perspektivisch von TouristInnen leben, die nirgends in Sicht sind.

Hier soll wie so oft im Kapitalismus das Versprechen auf ein besseres Leben schon die Erfüllung sein.

Die untereinander währende Konkurrenz der polnischen Gewerkschaften und Landwirtschaftsverbände tut ihr übriges. Sie bieten ein konfusees Potpourri an Erklärungsmustern für die desolante soziale Lage an und tragen diese Meinungsverschiedenheiten teilweise militant aus. Einmal sind es die Russen, die Schuld haben, dann wieder doch nur der polnische Staat allein und manchmal, wer hätte es gedacht, auch die amerikanischen Juden.

Linker Widerstand in Polen überhaupt ist noch eher müde. Trotzdem gibt es erste Organisationsansätze. Zum Beispiel gab es in Bezug auf die Migrationsproblematik dieses Jahr erste Grenzcampes. Auch in Bezug auf die Geschlechterfrage hat sich in der Hauptstadt Warschau die erste Frauengruppe gegründet und es konnte eine Frauen-, Lesben- und Schwulendemonstration am ersten Mai stattfinden. Ansonsten jedoch beschränkt sich der Geschlechterdiskurs auf den akademischen Bereich, der gerade mal zwei feministische Zeitschriften zu verzeichnen hat.

Insgesamt betrachtet also: Kleines Frühstück Osteuropa?

Credit points für Polen

Laut Schädler ist aber im Agrarsektor vielleicht doch noch nicht alles verloren. Wenn die alten EU-Staaten nicht noch stärker subventioniert werden als bisher, könnten Polen eventuell mit konkurrieren. Auch könnten Teile der EU-Subventionen für infrastrukturelle

Aufbaumaßnahmen wie Straßenbau verwendet werden. Doch nicht kleines Frühstück?

Auch juristisch betrachtet wird der Anpassungsprozess durchaus emanzipative Neuerungen bringen. Zum Beispiel ist zu erwarten, dass Polen von der geplanten Einführung der Todesstrafe absehen muss. Auch mit einer Verankerung von Minderheitenrechten kann gerechnet werden, wo bisher in vielen Ländern Osteuropas jegliche Organisierung verboten ist. Ebenfalls könnten minimale Frauenrechte institutionell verankert werden



und somit endlich grundsätzliche Standards, wie Frauenbeauftragte oder Klagerechte, bei bevorzugt männlicher Platzvergabe Beachtung finden.

Und jetzt?

Wie Schädler am Beispiel Polen zu zeigen versuchte, kann es eine eindeutige Positionierung gegen die EU-Osterweiterung so nicht geben. Auch stellt sich die Frage nicht primär, da eine Linke bei der Entscheidung momentan keine Handlungsmacht hat und die Osterweiterung somit beschlossene Sache ist. Und selbst wenn dem so wäre: Eine andere Alternative als die EU gibt es für Polen innerhalb der kapitalistischen Globalordnung nicht.

Laut Schädler sollte somit vielmehr fokussiert werden, dass eine gleichberechtigte Entwicklung zwischen allen Mitgliedsstaaten gefördert wird und sich in diesem Zusammenhang die Frage stellt, mit wem eine radikale Linke in Osteuropa bündnispolitisch zusammenarbeiten könnte.

Aktueller Stand November 2001: Polen ist zu Kompromissen beim Landerwerb bereit und versucht nun in den Verhandlungen, eine Frist von zwölf Jahren statt den ursprünglich achtzehn Jahren durchzusetzen. Investitionsprojekte werden jedoch sofort möglich sein. Weiterhin ist Polen bereit, eine Einschränkung der Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen für eine begrenzte Zeit hinzunehmen. Von dieser Einschränkung wollen aber nur Deutschland und Österreich Gebrauch machen (!). Allgemein ist Polen bei den Verhandlungen mit der EU gegenüber anderen Bewerbern leicht zurückgefallen, gehört aber nach den Worten des EU-Kommissars Günther Verheugen nach wie vor zu den ersten Kandidaten. Im jüngsten Brüsseler Bericht über die Vorbereitungen der Kandidaten war Polen besonders für Versäumnisse bei der Justiz und der Verwaltung »gerügt« worden. Noch weit von einer Einigung entfernt sind die Verhandlungen im wohl schwierigsten Bereich, der Landwirtschaft.

Europa ist da: Als gemeinsame Währung, als gemeinsamer Markt und als Abschottungsgemeinschaft gegen die, die nicht dabei sein sollen. Dies sind die Punkte, an denen spontan nachvollziehbar wird, womit man es zu tun hat, wenn von der Europäischen Union die Rede ist. Der Rest ist unklar: Was bedeutet der europäische Vereinigungsprozess für die Lebensrealität der Menschen in Europa? Was bedeutet die EU für die Herausbildung neuer globaler Ausbeutungsverhältnisse? Welche Konsequenzen haben diese Entwicklungen für eine gesellschaftskritische Praxis? Eine wenig erfreuliche Antwort auf diese und andere Fragen werden vom 14. bis zum 16. Juni Regierungsvertreter, Staatssekretäre und Verwaltungsbeamte auf dem nächsten EU-Gipfel in Göteborg zu finden suchen. Was auf dem letzten Gipfel in Nizza an ungeklärten Punkten offen blieb, wird hier zur weiteren Verhandlung stehen: Das Tempo und die Rahmenbedingungen der EU-Osterweiterung, die Gewichtung der Stimmanteile der einzelnen beteiligten Staaten und nicht zuletzt an zentraler Stelle Fragen einer einheitlichen europäischen Sicherheits-, Verteidigungs- und Flüchtlingspolitik. Gegen diesen Gipfel gibt es eine von verschiedenen Bündnissen getragene internationale Mobilisierung, in der es vor allem um die Formulierung einer grundlegenden Kritik an den globalen kapitalistischen Ausbeutungs-, Herrschafts- und Repressionsstrukturen geht, für die auch das Projekt der Europäischen Union exemplarisch steht. Dieser Kritik wollen wir uns mit Aktionstagen in Hamburg anschließen. Um sie gleichzeitig lokal sichtbar zu machen.

Die Architektur der Macht Europa als Festung

Die Errichtung der so genannten „Festung Europa“ seit Anfang der 80er Jahre wurde durch eine Reihe von Maßnahmenpaketen erreicht, die erstens eine starke Außenwirkung hatten (Verhinderung von Flucht und Migration bereits in den Herkunftsländern z.B. durch die Einführung der Visumpflicht oder Verlagerung der EU Außengrenzen durch die sichere Drittstaatenregelung) und zweitens nach innen die rassistische Formierung innerhalb der europäischen Staaten gegenüber MigrantInnen forcierte, um so Verschärfungen im Ausländer-, Straf- und Asylrecht möglich zu machen.

Ihren Hintergrund fand diese Abschottungspolitik in den ökonomischen Krisen der 70er Jahre, die im globalen Maßstab zu einer immer rasanteren Abkopplung großer Teile der Staaten der „dritten Welt“ von der Weltwirtschaft führte. Der wachsende ökonomische Druck in den Ländern des Trikont verstärkte allerdings auch die Bereitschaft der dort lebenden Menschen vor einer zunehmenden Verelendung, vor Hunger und Krieg zu flüchten. Um einer solchen Bewegung entgegen zu wirken und innerhalb der europäischen Staaten das Recht auf Asyl auf ein Minimum einzugrenzen, setzten die Regierungen der kerneuropäischen Staaten einen Prozess in Gang der in zwei Hauptphasen zu einer europaweiten harmonisierten Asyl- und Flüchtlingspolitik, oder besser Flüchtlingsabwehrpolitik führte.

Begleitet wurden dieser Prozess von massiven rassistischen Kampagnen, die ganze Gruppen von Flüchtlingen zum Mittelpunkt eines Bedrohungsszenarios für die Länder der EU machten. So wurde Ende der 70er Jahre die vermeintliche kulturelle Differenz der türkischen MigrantInnen zu einem Problem der „Nichtintegrierbarkeit“ hochstilisiert, Mitte der 80er Jahre waren die Flüchtlinge aus den arabischen, afrikanischen und asiatischen Kriegsregionen (z.B. „Boat People“) Mittelpunkt einer Kampagne, um rassistisch genährte Ängste der Europäer vor unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen zu schüren und die letzte Kampagne fand dann Anfang der 90er Jahre ihren Höhepunkt im „Antiziganismus“ als nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder und der Öffnung der Grenzen, die vermeintlich „staatenlosen“ Sinti und Roma als Gegenprojektion für ein „territorialbewußtes“ wiedervereinigtes Deutschland aber auch für den Rest von Europa herhalten mussten.

Vor dem Hintergrund dieser Kampagnen ließ sich das aktuelle Feindbild der „Illegalen“ und „Kriminellen“ konstruieren, das auf die Aufrüstung an den Grenzen und auf eine neue Formierung der Gesellschaft in den Grenzregionen und in den Großstädten zielt. Durch die strafrechtliche Kriminalisierung von Flüchtlingen und deren Helfern werden damit alle Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr legitimiert. Die

Frage nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für Flucht und Migration tritt damit in den Hintergrund.

In der ersten Phase entschlossen sich einige Länder Kerneuropas mit Deutschland als treibender Kraft zu einem Weg außerhalb der EU Strukturen. Grundlage dieses Entschlusses war die Klarheit, dass es unüberbrückbare Differenzen bei der Einführung gemeinsamer Grenzkontrollen sowie einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik geben würde. Als Ergebnis der Verhandlungen wurden 1985 und 1990 die zwei Abkommen von Schengen unterzeichnet. Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten einigten sich auf die gemeinsame Koordination der Asylverfahren, die vollständige Aufhebung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen, einheitliche Kontrollen an den Außengrenzen, die Einführung eines gemeinsamen Fahndungssystems, die Erleichterung der Auslieferung von Flüchtlingen, die Harmonisierung der Visapolitik und der Einreisebestimmungen für Ausländer aus Drittstaaten. Nach und nach traten Portugal, Spanien, Italien, Österreich, Griechenland, Schweden und Finnland dem Schengener Abkommen bei.

Parallel zu dem Abkommen von Schengen unterzeichnete die BRD mit Polen 1991 und 1993, der Tschechischen Republik, der Schweiz und Österreich so genannte Rückübernahmeabkommen. Diese so genannte „sichere Drittstaatenregelung“ besagt, dass Nachbarstaaten der BRD als sichere Drittstaaten gelten. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich also, Flüchtlinge, die von Ihnen aus in die BRD eingereist waren, ohne Einzelfallprüfung rückzuübernehmen. Ähnliche Abkommen haben inzwischen andere Staaten mit

ihren Nachbarstaaten abgeschlossen. Genauso haben die meisten europäischen Staaten die sichere Drittstaatenregelung eingeführt.

In der zweiten Phase wurden die Bestimmungen aus den beiden Schengener Abkommen in die EU-Strukturen überführt und bei dieser Gelegenheit noch um einige wichtige Bestimmungen erweitert. So werden Flüchtlinge in das Ersteinreiseland der EU „rücküberstellt“ und Mehrfachverfahren unmöglich gemacht. Zur Überprüfung von Flüchtlingen wurde auf polizeilicher Ebene das EURODAC-System eingeführt, mit dem personenbezogene Daten und Fingerabdrücke europaweit verglichen werden können und 10 Jahre gespeichert werden. Das „Dubliner Übereinkommen“ haben inzwischen alle Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert.

Die WEU-Verteidigungsidentität

In den letzten Jahren zeigte sich immer deutlicher, dass die Staaten der EU auf der Suche und bei der Verwirklichung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und Verteidigungsidentität sind. Dazu wurde Anfang der 90er Jahre das schon sehr verstaubte Vertragswerk der Westeuropäischen Union (WEU) wieder reaktiviert. Der Vertrag ist in kollektiver Beistandspakt im Rahmen der NATO, welcher 1955 in Kraft getreten ist und dem seit 1992 nahezu alle EU Staaten angehören. Im Vertrag von Amsterdam (1997) wurde, zwar noch etwas schwammig, die engere Verflechtung von WEU und EU beschlossen, um die Grundlage für eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und die Möglichkeit im Rahmen der WEU eine operative Kapazität zu erreichen. Gleichzeitig wurden damit die so genannte „Petersberger Erklärung“ des WEU-Ministerrates übernommen, in der die Aufgaben der zukünftigen gemeinsamen EU Streitkräfte fest gelegt. Folgende Zwecke waren vorgesehen: „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze“, „friedenserhaltende Aufgaben“, „Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens“. Unter dem Eindruck des Krieges im Kosovo zeigte sich während des Gipfels in Köln 1999 die Entschlossenheit aller EU-Mitgliedsstaaten trotz aller Widersprüche eine GASP weiter voran zu treiben.

Beim Gipfel in Nizza 2000 wurde eine Aufstockung der europäischen Krisenreaktionskräfte - das bereits 1992 gegründete EUFOR - auf 60 000 Soldaten beschlossen. Kurz vorher hatte die NATO beschlossen, dass die WEU in einer Krisensituation intervenieren dürfe, wenn die NATO dieses vorher als NATO-Aufgabe abgelehnt hat.

Zum heutigen Zeitpunkt lässt sich festhalten, dass die Schaffung einer gemeinsamen europäischen „Verteidigungsidentität“, sowie die einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein schwieriger Prozess ist, der aber von einigen EU-Mitgliedsstaaten, besonders Deutschland und Frankreich, vehement vorangetrieben wird. Die Gründe für die Schwierigkeiten liegen im relativ ungeklärten Verhältnis der WEU zur NATO zum Beispiel bei den Kommandostrukturen und zur OSZE. Auf der anderen Seite fordern einige EU-Staaten eine selbstbewusstere Außen- und Sicherheitspolitik, weil sie nicht bereit sind, sich bedingungslos unter die „Pax Americana“ zu stellen. Zentral ist in diesem

Zusammenhang auch der massive ökonomische Aspekt, den sich vor allen Dingen die europäische Rüstungsindustrie von europäischen Kriseninterventionskräften unter einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität erwartet.

Kleines Frühstück Osteuropa

Der europäische Vereinigungsprozesses hat mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Machtblocks Ende der 80er Jahre an Dynamik zugenommen. Die ursprüngliche Konzeption eines wirtschaftlich und politisch vereinigten Kerneuropas ist an ihre Grenzen geraten und Fragen des Umgangs mit weiteren Beitrittskandidaten sind auf die Tagesordnung gekommen. Der Wille, einerseits einen politisch und wirtschaftlich handlungsfähigen Staatenbund zu schaffen und andererseits an der Peripherie stabile Verhältnisse und Einflussphären zu sichern, drückt sich in verschiedenen Integrations- und Assoziationsangeboten aus. Ihre ideologische Ergänzung ist die Formel des „Europas der zwei Geschwindigkeiten“. Wer sich – wie Polen, Tschechien oder Ungarn - weit reichenden „Strukturanpassungsprogrammen“ unterwirft, also die radikale Öffnung zum Weltmarkt garantiert und hemmungslosen Deregulierungsmaßnahmen zustimmt, wird mit der Option auf eine spätere Vollmitgliedschaft belohnt. Wer – wie Bulgarien, Albanien oder Rumänien – im Prozess der europäischen Konsolidierung nicht einmal als Billiglohnstandort mitspielen darf, wird schlichtweg abgekoppelt oder - finanziell alimentiert - auf die Rolle des Vorpostens gegen unerwünschte Migration verpflichtet. Insofern wird mit der EU-Osterweiterung auch die Institutionalisierung bereits vorher herrschender hierarchischer Beziehungen auf internationaler Ebene voran getrieben. Die im Zuge der Osterweiterung begonnene Diskussion um die Neuverteilung des Stimmrechts zeigt, dass nationalstaatliche Interessen weiterhin eine entscheidende Rolle spielen und hegemoniale Interessen einzelner Kernstaaten der EU, allen voran Deutschland, in einer stabilen Rollenverteilung nicht abgeschwächt werden, sondern an Gewicht gewinnen.

Europa: Die Architektur der Macht II

Die EU erscheint als übernationaler, gigantischer Apparat, als repressive Herrschaftsstruktur, in der wesentliche politische Entscheidungen unkontrolliert vollzogen werden. Einige Entwicklungen bestätigen dieses Bild, denn tatsächlich verläuft kaum etwas reibungsloser als die Herausbildung repressiver Strukturen innerhalb der EU. Kaum ein Konsens ist breiter als der Konsens der Insassen, sich gegen den „Ansturm der Hungerleider“ zu befestigen. Kaum eine politische Entscheidung innerhalb der Europäischen Union ist weniger umkämpft als die Entscheidung, gemeinsame Standards von Sicherheit und Überwachung zu schaffen. Neben der ökonomischen „Harmonisierung“, dem Fall kapital- und handelshemmender Binnengrenzen, ist die Errichtung neuer Grenzen nach außen und die Durchsetzung eines Bedrohungsdiskurses nach innen bislang das einzige, was im politischen Projekt Europa nachhaltig funktioniert und Gemeinschaft stiftet. Was das europäische Projekt darüber hinaus zusammen hält, ist bis heute unklar. Es ist nämlich nicht nur nach außen abgeschottet, es ist auch nach innen von einem starken sozialen Gefälle durchzogen. Es verfügt über politische Strukturen, deren Handlungsfähigkeit von nationalen Einzelinteressen und Machtstrukturen geprägt wird.

Vieles spricht dafür, in dieser Entwicklung keine Schwächung der Nationalstaaten zu sehen, sondern eine Neubestimmung ihrer Funktionen. Sowenig wie in der Europäischen Union die Nationalstaaten aufgehen, verbirgt sich hinter den Modebegriffen „Deregulierung“ und „Neoliberalismus“ der Rückzug des Staates und seines Einflusses, sondern das genaue Gegenteil: die zunehmende Durchstaatlichung der

Gesellschaft. Diese direkte Einflussnahme zeigt sich an verschiedenen Punkten. Während die Verwertungsbedingungen des Kapitals staatlich verbessert werden, wird die Migration von Menschen auf vielfältige Weise unterbunden oder nach eigenen Bedürfnissen „reguliert“. Während im neoliberalen Diskurs an die Selbstverantwortung der Menschen appelliert wird, werden sozialstaatliche Standards und demokratische Mitbestimmungsrechte abgebaut. Während von freier Kommunikation in einer globalen Welt gesprochen wird, wird der Begriff der Sicherheit zum Leitmotiv eines politischen Apparates, der auf Ausgrenzung und Überwachung setzt. Diese Entwicklungen vollziehen sich in unterschiedlicher Intensität in allen EU-Staaten und schaffen damit nach außen einen Machtblock, der sich als Teilnehmer im Konkurrenzkampf um globalen Einfluss bewirbt. Die innere Dimension ist die Wiederbelebung autoritärer, nationalistischer und rassistischer Diskurse in den einzelnen Gesellschaften. So sind die Auseinandersetzungen um ein Einwanderungsgesetz in Deutschland, die nationalistische Leitkulturdebatte, die am Nutzwert orientierte Abschiebep Praxis und die Mobilisierung von Standortlogik in den innenpolitischen Auseinandersetzungen keine Widersprüche, sondern Bedingungen eines Prozesses, in dem „Vereinigung“ faktisch die Verschärfung von Ausgrenzung bedeutet. Das, was die politischen Eliten als Zusammenwachsen Europas, wird ergänzt durch die politischen und sozialen Spaltungen, die in globaler Hinsicht wie auch im Inneren der Gesellschaften stattfinden.

Der europäische Vereinigungsprozess setzt sich damit nicht gegen die nationalstaatliche Aufteilung der Welt durch, sondern vor ihrem Hintergrund. Und es bedeutet weiter, dass das europäische Projekt nicht auf seine repressiven Facetten zusammen gekürzt werden kann. Die EU ist lediglich ein neuer struktureller Rahmen, in dem sich das gesamte Arsenal an Herrschaftstechniken des Nationalstaates aktuell umsetzt. Der gleiche Mechanismus gilt auch für ähnlich gelagerte Prozesse, die dem Projekt EU den globalen Rahmen schaffen.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Globalisierung. Betrachten wir sie als Prozess der Verringerung von Raum und Zeit, ist er Herrschaftssicherung! In immer kürzerer Zeit sollen sich Informations-, Waren- und Kapitaltransfers beschleunigen. Bedingungen sind gewünscht, die weniger Menschen in kürzeren Zeiträumen an steigendem Mehrwert Teilhabe ermöglichen sollen. Das allerdings Weltweit! Vorgegaukelt wird ein Bild in den schönsten Farben: Halali allerorten, das Internet ist da - Spielwiese für Lotteriefans, der beste Freund kann Aktiengewinne machen oder Urlaub in Euroland mit Eurogeld. So oder so ähnlich wird um Akzeptanz geworben. Vorfreude soll herrschen: Wer es heute schafft, gehört morgen dazu. Wer es heute nicht schafft, ist morgen selber schuld. Nun ist aber nicht das Rad neu erfunden worden, sondern sein Antrieb hat sich verbessert. Die ökonomische und soziale Situation in weiten Teilen der Welt hat sich katastrophal verschlechtert. Der Motor hierfür, der Kapitalismus, blieb Sieger über den autoritären Staatssozialismus und hat ein neues Gesicht bekommen. Armutsbekämpfung und gesundheitliche Grundversorgung, Bildung und die Verwaltung von Ressourcen werden weltweit mehr und mehr privatisiert. Die teilhabenden Staaten entledigen sich ihrer sozialen Pflichten und beschränken ihre Einflussnahme auf repressive Ausgrenzung nach außen und innen. Den Anwärterstaaten, auf die Freihandelszonen werden sich stets verschärfende Teilnahmebedingungen in genau diesen Bereichen abverlangt.

Gleichzeitig stehen wir Entwicklungen gegenüber, die nicht direkt aus diesen Ausbeutungsverhältnissen entstehen. Hier tauchen die Worte, mit denen Globalisierung oder die EU beschrieben werden, als Kampfbegriffe auf. In den Diskussionen um die unterschiedliche Verwertbarkeit von Menschen, in den Strategien zur Ausgrenzung von MigrantInnen, Standortlogiken oder den chauvinistischen Fantasien der

Leitkulturhammel treten diese zu Tage. Solche Debatten vervielfältigen rassistische sexistische und soziale Spaltungsprozesse, indem sie die Gesellschaft total durchdringen und prägen.

Think global – act local!

Die Bestandsaufnahme linker Kritik führt zu mehreren Ergebnissen. Zum Einen wird auch von linker Seite vor dem Hintergrund der massiven Deregulierung sozialer und ökonomischer Verhältnisse der Ruf nach einem rekonstruierten sozialen Wohlfahrtsstaat lauter. Dabei sind die Nationalstaaten gerade die Grundlage für die aktuellen Diskurse der Globalisierung.

Eine andere Strategie lautet, die Halluzination der Globalisierung für Wahrheit zu halten und ihr mit der Globalisierung von unten antworten zu wollen. Wenn dies allerdings in einen neuen Begriff von solidarischem Internationalismus münden soll, müssen die unterschiedlichen Bedingungen, unter denen Menschen ihre Kämpfe führen, immer mitgedacht werden. Das Prinzip des Gipfelsturms ist ein Versuch, weltweiten Widerstandsbewegungen einen praktischen Ausdruck zu verleihen. Natürlich ist es immer richtig, diesen wunden Punkt ihrer Strukturen anzugehen. Eindrücke mitzunehmen, Leute von überall her kennen zu lernen und die Auseinandersetzung mit der Gegenseite zuzuspitzen. Aber wohin trägt sich das Erfahrene zurück? Wie lassen sich die konkreten Angriffspunkte der EU oder der Globalisierung in der eigenen Stadt oder Region umsetzen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten der GipfelstürmerInnen?

Es muss darum gehen, die Kritiken an den beschriebenen, gleichzeitig stattfindenden Prozessen an die richtige Adresse zu richten. Es müssen vor Ort Strukturen die Basis für soziale Bewegungen sein, deren Handlungsspielraum international nutzbar werden soll. Es müssen die Verwaltungen und Vollstrecker der Entwicklungen vor Ort angreifbar werden! Das zu erreichen liegt an uns, denn das sie präsent sind und eifrig an effektiverer Verwertung und Unterdrückung operieren, ist klar. Wir müssen uns einig werden, wie wir einer Zukunft begegnen, in der unsere Kritik nicht zum vorher-sagbaren Medienspektakel verkommt. Es sind die lokal vollkommen unterschiedlichen Bedingungen zu erkennen, unter denen Kritik und Widerstand in den einzelnen Bewegungen entsteht, um eine globale Kritik in Wort und Tat umzusetzen.

- **Dem rassistischen und sexistischen Klima eine Alltagskultur der Solidarität entgegensetzen.**
- **Kein Gott kein Staat kein Vaterland!**
- **Sabotieren wir den Turbokapitalismus!**
- **Gipfel abtragen!**

Bündnis für Gegenaktivitäten zum EU Gipfel in Göteborg!

Dies ist ein Redebeitrag der auf der Demonstration anlässlich der Aktionstage zum EU-Gipfel in Göteborg gehalten wurde. Wir haben exemplarisch zwei frauenlebensspezifische Bereiche ausgewählt.

Eine Hamburger FrauenLesben Gruppe

Frauen in der Globalisierung

Globalisierung steht nicht unter einem geschlechtsneutralen Stern. Ebenso wie Frauen unter der Asylrechtsprechung der BRD spezifische Probleme erfahren, sieht es mit den wirtschaftlichen Verhältnissen aus. Während Männer mit weißen Hemden die letzten Börsenkurse abgleichen und sich vielleicht 10 Frauen innerhalb dieser Nation mit der gläsernen Decke in den Chefetagen konfrontiert sehen, tüftelt doch der Großteil immer noch an der Frage, wie überleben. Die Bedingungen sind vielfältig und schwierig. Viele Frauen sehen sich nicht in der Lage, ein ökonomisch unabhängiges Leben zu führen, denn uups, da sind ja noch die Kinder. Obwohl immer wieder der Schrei der Nation zu hören ist, dass es zu wenig Kinder gibt – und sei es nur für unsere Rente – dreht die Sozialleistungskurbel entgegengesetzt. Als Beispiel: Statt mehr Kindergärten zu errichten wird auch an diesem Ende gespart. Von Kollektivgut ist da die Rede. Die Verantwortung wird aber weiterhin individualisiert und den Frauen überlassen. Schön ist das Leben auf dem Arbeitsmarkt aber auch nicht! Grundsätzlich ist die hiesige Definition von Arbeit eine kapitalistische. Es geht um die Ausbeutung von Menschen. Diese Ausbeutungsverhältnisse stellen sich für Frauen um einiges härter dar, als für Männer. Die Entlohnung entspricht im Höchstfall nur $\frac{1}{2}$ dem der Männer. Und die Frage danach, wer in welchen Etagen zu welchen Bedingungen sitzt, sei außen vor gelassen. Eine logische Konsequenz daraus ist, dass Frauen mit illegalem Status am unteren Ende der Spirale sitzen. Sie sehen sich unter anderem konfrontiert mit schlechten Jobs, fehlender Gesundheitsversorgung oder mit der Frage, wo wohnen. Menschen verachtende Bedingungen zeigen sich hier. Egal ob als verheiratete Migrantin, die allein wegen des Aufenthaltstatus an ihren Mann gebunden ist, als Hausarbeiterin, die der Willkür ihrer Arbeitgeber unterliegt oder als Sexarbeiterin in Abhängigkeit von Freiern und Zuhältern. Diese Menschen verachtenden und patriarchal geprägten Ausbeutungsverhältnisse treffen weltweit auf Frauen zu. In ärmeren Ländern sind die Überlebensbedingungen noch härter. Da gilt es, innerhalb von Freihandelszonen für den Weltmarkt zu arbeiten, die eine in 5 bis 10 Jahren verheizen. Das Recht, sich zu wehren, gibt es nicht. Aber sonst könnten wir auch nicht so billig einkaufen. Dass die Frauen dort alle drei Monate einen Schwangerschaftstest vorlegen müssen, ist ein weiteres Zeichen der Frauen verachtenden Verhältnisse. Privatisierung von öffentlichem Boden oder die

frauen in der globalisierung

Vertreibungspolitik transnationaler Konzerne: Dies sind Realitäten der Globalisierung, die als weitere Namen auch Internationaler Währungsfond, Weltbank oder WTO haben. Unter dem Deckmantel der Menschlichkeit wird daran gebastelt, Ressourcen noch ungerechter zu verteilen. Ausbeutung will legitimiert sein. Da wundert es auch nicht, wenn die Europäische Union eine Vorreiterrolle spielt. Die Gesetze für Migration schon vor Jahren verschärft, darf auch im Zuge der Osterweiterung längst nicht jeder oder jede in dieses Land. Wieder wird uns was als TOLL und als ein ZUSAMMEN vorgegaukelt. Hinter der Fassade zeigt sich aber wieder die kapitalistische Logik. Nur wer in diesem Land verwertbar ist, ist auch willkommen.

- **Gegen Kapitalismus, Rassismus und Sexismus**
- **Women united will never be defeated!**
- **Stand up and fight**

hamburg ist elementarer baustein der deutschen und europäischen flüchtlingsabwehr

Flugblatt vom Aktionstag im Hamburger Hafen am 16. Juni 2001

Die heutige Kundgebung richtet sich gegen die rassistische Flüchtlingspolitik oder besser Flüchtlingsabwehrpolitik, die unter Federführung Deutschlands im Rahmen der EU umgesetzt wurde und wird. Zur Zeit treffen sich anlässlich des EU Gipfels die Staats- und Regierungschefs in Göteborg um das Projekt Europäische Union weiter zu entwickeln. Nun ist die Europäische Union ein Projekt welches den Anschein erweckt sich in einer ziemlichen räumlichen Entfernung zu den meisten Bewohnern Hamburgs und Europa zu befinden. Den persönlichen Bezug zur EU herzustellen fällt den meisten Menschen schwer. Wir werden in drei Abschnitten aufzeigen in welcher Weise Hamburg in Europa eingebunden ist, in welcher Weise hier in Deutschland eine rassistische Formierung gegenüber Flüchtlingen stattgefunden hat und wie Deutschland maßgeblich auf europäischer Ebene eine gemeinsame Flüchtlings(-abwehr)politik etabliert hat.

Stadt

Über die Hälfte der deutschen Exporte gehen in EU Mitgliedsstaaten, insgesamt Waren- und Dienstleistungen in Höhe von 350 Milliarden DM. Drei Viertel des deutschen Außenhandelsüberschusses wird im Handel mit EU-Mitgliedsstaaten erwirtschaftet und ein Drittel der gesamten deutschen Arbeitsplätze sind an diese Teile der Wirtschaft gekoppelt. Für Hamburg als Hafen- und Handelsstadt als Drehscheibe des Welthandelsverkehrs ist der innereuropäische Handel von immenser Bedeutung. Mit einem Warenumsatzwert von 120 Milliarden DM ist Hamburg Deutschlands bedeutendes Außenhandelszentrum. Über die Hälfte der über Hamburg abgewickelten Exporte gehen in andere Länder der EU, etwas weniger als die Hälfte der Importe kommen aus diesen Ländern.

Doch Hamburg hat sich auch als Dienstleistungs- und Medienmetropole im Rahmen der EU fest etabliert. So sind immerhin 61% der Hamburger Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich tätig (Schwerpunkte sind hier der Banken, Versicherungs- und sonstige Finanzdienstleistungsbereich. Anhand dieser Zahlen wird klar, daß der Abbau der Waren- und Finanzverkehrsbeschränkungen in der EU schon weitestgehend optimiert ist.

Doch neben seiner Rolle im freien Handels- und Warenverkehr innerhalb der EU erfüllt Hamburg auch seine Funktion als Grenzstützpunkt gegenüber nichteuropäischen Ländern. Hier werden Zoll und Warenverkehrsbeschränkungen an den Freihafengrenzen überwacht und natürlich auch die Einreise von Menschen im Rahmen der deutschen aber auch europaweit harmonisierten Asylgesetzgebung.

Hamburg ist somit auch Teil der europäischen Flüchtlingsabwehr. Dass Hamburg diese Aufgabe mit kalter Präzision erfüllt, zeigte sich kürzlich erst darin, als der neuernannte Innensenator Scholz stolz verkündete, daß in Hamburg Abschiebungen effektiver durchgeführt werden als in Bayern.

Land

Die Entstehung einer restriktiven deutschen und später gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik ist das Ergebnis einer rassistischen Formierung gegenüber Flüchtlingen in allen kerneuropäischen Ländern, wenn gleich diese in Deutschland von einer besonderen Kompromißlosigkeit gekennzeichnet war.

Ihren Hintergrund fand diese Abschottungspolitik in den ökonomischen Krisen der 70` Jahre, die zu Massenentlassungen und immer drastischeren Anstiegen der Arbeitslosenzahlen führte. Im globalen Maßstab verstärkten diese Krisen eine immer rasantere Abkoppelung großer Teile der Staaten der „Dritten Welt“ von der Weltwirtschaft. Der wachsende ökonomische Druck in den Ländern des Trikont verstärkte allerdings auch die Bereitschaft der dort lebenden Menschen vor einer zunehmenden Verelendung, vor Hunger und Krieg zu flüchten.

Um einer solchen Bewegung entgegen zu wirken und innerhalb Deutschlands aber auch der restlichen europäischen Staaten das Recht auf Asyl auf ein Minimum einzuzugrenzen, entschlossen sich die Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik einen Prozeß in Gang zu setzen, der sowohl innenpolitisch wie auch auf europäischer Ebene zu einer sogenannten harmonisierten Asyl- und Flüchtlingspolitik, oder besser Flüchtlingsabwehrpolitik führte.

Begleitet wurde und werden diese Entwicklungen von massiven rassistischen Kampagnen, die ganze Gruppen von Flüchtlingen zum Mittelpunkt eines Bedrohungsszenarios für Deutschland und die Länder der EU machten.

So wurde bereits Ende der 70` Jahre die vermeintliche kulturelle Differenz der türkischen MigrantInnen zu einem Problem der „Nichtintegrierbarkeit“ hochstilisiert.

Mitte der 80` Jahre waren die Flüchtlinge aus den arabischen, afrikanischen und asiatischen Kriegsregionen, zum Beispiel die sogenannten „Boat People“, Mittelpunkt einer Kampagne, um rassistisch genährte Ängste der Deutschen vor unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen zu schüren.

Anfang der 90` Jahre fand die Kampagne ihren Höhepunkt im „Antiziganismus“ als nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder und der Öffnung der Grenzen, die vermeintlich „staatenlosen“ Sinti und Roma als Gegenprojektion für ein „territorialbewußtes“ wiedervereinigtes Deutschland erhalten mußten.

Vor dem Hintergrund dieser Kampagnen ließ sich auch das heute aktuelle Feindbild der „Illegalen“ und „Kriminellen“ konstruieren, daß auf die Aufrüstung an den Grenzen und auf eine neue Formierung der Gesellschaft in den Grenzregionen und in den Großstädten zielt. Durch die strafrechtliche Kriminalisierung der Flüchtlinge und ihrer Helfer werden so vielfältige Massnahmen zur Flüchtlingsabwehr legitimiert.

Die Frage nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für Flucht und Migration wurde damit bewußt in den Hintergrund gedrängt. Die scheinheilige Empörung in Deutschland darüber, daß diesen konzertierten Kampagnen rassistische Übergriffe bis hin zu Progromen und Mord folgen, bleibt somit völlig unverständlich, denn wer mit dem Feuer spielt muß sich nicht wundern, wenn das Haus brennt.

Fluß

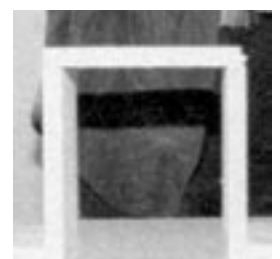
Anfang der 80´er Jahre entschlossen sich einige Länder Kerneuropas mit Deutschland als treibender Kraft in zwei Phasen die Flüchtlingsabwehr zu optimieren. Grundlage war die Erkenntnis, daß es in der Gesamt EU zu diesem Zeitpunkt unüberbrückbare Differenzen bei der Einführung gemeinsamer Grenzkontrollen sowie einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik geben würde

Zunächst wurde in einem Weg außerhalb der EU – Strukturen 1985 und 1990 die zwei Abkommen von Schengen unterzeichnet. In diesem beiden Abkommen einigten sich die unterzeichnenden Staaten (BRD, Frankreich, Belgien, Niederland, Luxemburg) auf eine gemeinsame Koordination der Asylverfahren, die vollständige Aufhebung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen, einheitliche Kontrolle an den Außengrenzen, die Einführung eines gemeinsamen Fahndungssystems, die Erleichterung der Auslieferung von Flüchtlingen, die Harmonisierung der Visapolitik und der Einreisebestimmungen für Ausländer aus Drittstaaten. Nach und nach traten nahezu alle EU Staaten nachdem sie Ihre nationalen Rechte angepaßt hatten den Abkommen bei.

Parallel dazu unterzeichneten die meisten europäischen Staaten mit ihren nichteuropäischen Nachbarstaaten sogenannte Rückübernahmeabkommen in dem sich diese verpflichten über diese Länder eingereiste Flüchtlinge ohne Einzelfallprüfung „rückzuübernehmen“.

Auf diese Weise wurde um ein Europa ein Ring sogenannter sicherer „Drittstaaten“ installiert durch den eine „legale“ Einreise von Flüchtlingen nach Europa nahezu unmöglich gemacht wurde.

In einer zweiten Phase wurden die Bestimmungen der beiden Schengener Abkommen in die EU Strukturen überführt und bei dieser Gelegenheit noch um einige wichtige Bestimmungen erweitert. So werden Flüchtlinge nunmehr in das Ersteinreiseland der EU „rücküberstellt“ und Mehrfachverfahren unmöglich gemacht. Zur Überprüfung von Flüchtlingen wurde auf polizeilicher Ebene das EURODAC-System eingeführt mit dem personenbezogene Daten und Fingerabdrücke europaweit verglichen und 10 Jahre gespeichert werden können. Mit dem „Dubliner Übereinkommen“ wurden diese Bestimmungen von allen EU Staaten ratifiziert.



the walls came tumbling down

